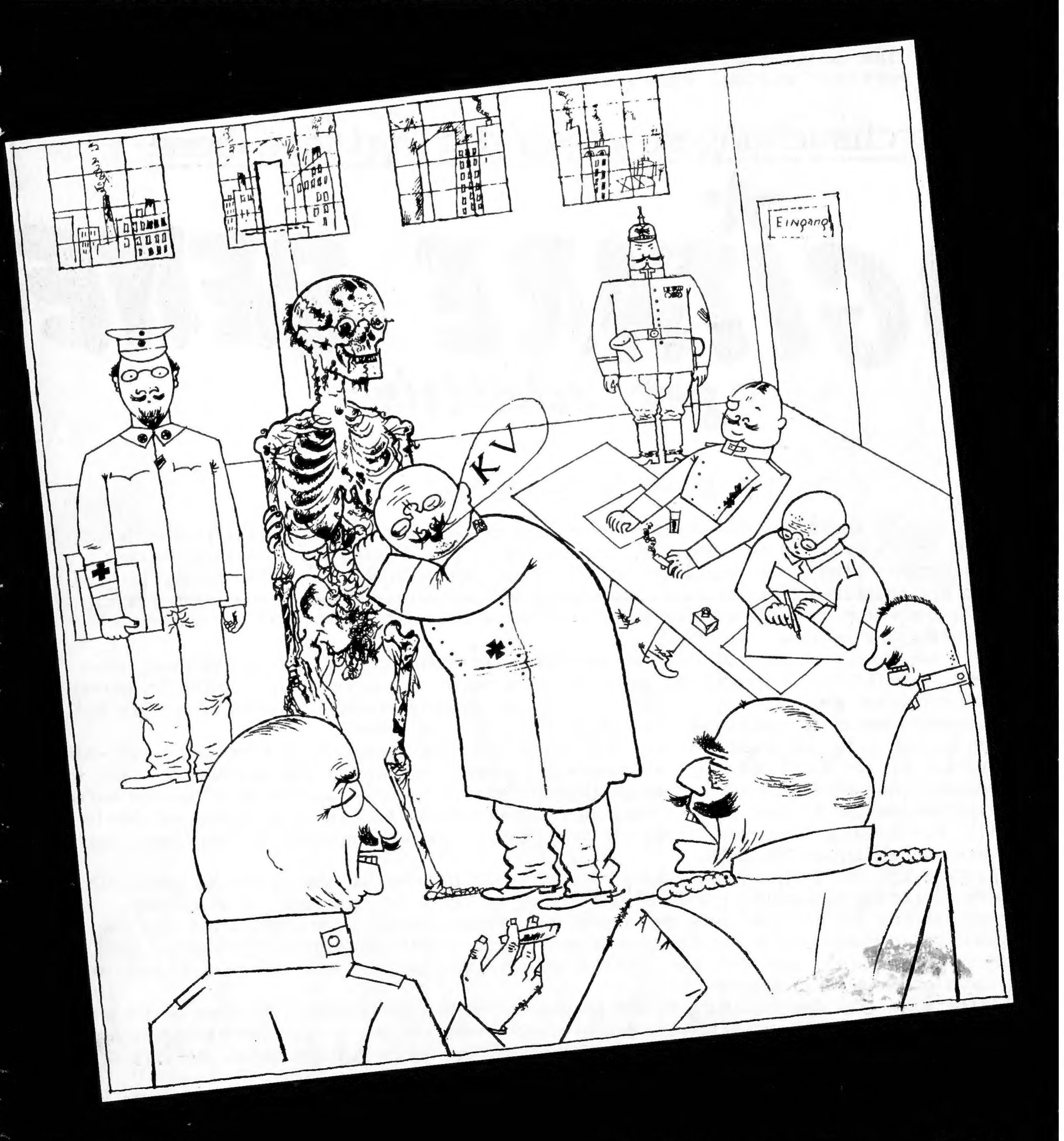
INTERIM

auswärts
2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 121

1. November 1990

VORWORT

Im Heft findet ihr ein Interwiew mit einem Pressesprecher der IRA, wir haben es reingenommen, weil sehr wenig von der IRA selber in der Presse zu finden ist und der Prozeß von Gerry & Gerry läuft. Allerdings bleiben die Vorstellung über das Aussehen der neuen Republik Irland ausgespart. Es bleibt beim Erklären der militärischen Ebene stehen.
In der Nr.118 war ein Flugi über Stammheim und die Prozeßöffentlichkeit ab gedruckt (auf S.32). Wir sind gebeten worden es zurück zuziehen und das neue abzudrucken, dazu ist es zu spät, daher ist das Flugi im Ordner zu finden. Auch im Ordner ist ein Papier ein Papier von Frauen, daß sie in de der Aufruhr abdrucken wollten, was die Redaktion dort aber abgelehnt hat. Wir können die Vorgänge dort nicht beurteilen und verstehen uns primär als Berlin-Info. Außerdem sind noch STadtpläne von Göttingen im Ordner zu finden.
P.S.: das lange Papier in der letzten Nummer "DRei zu Eins" ist von einem Menn verfasst worden, dies wurde mancher/m beim lesen anscheinend ncht klar.

Durchsuchungen wegen der agitare bene



BEIM "SSK" UND DEM "ANDEREN BUCHLADEN"

am 24.10.90 wurden in köln die geschäftsräume des SSK-Ehrenfeld (sozialistische selbsthilfe köln) in der Liebigstr. und der "andere buchladen" auf der zülpicherstr. durchsucht. beim SSK waren LKAler und ca. 50 bullen beteiligt. beim SSK in der liebigstr. ist die postadresse der Agitare. begründung war der verdacht auf werbung nach §129a. außerdem waren sie wohl auf der suche nach hinweisen über die herstellung und verbreitung der zeitung.
beim ssk haben sie mit 50 bullen alles abgesperrt, keine/r durfte rein und raus, während sie mit LKA die geschäftsräume durchsucht haben. sie haben auch versucht in privaträume reinzukommen und von allen die personalien aufgenommen. außerdem waren sie auf der suche nach ner schreibmaschine um schriftproben zu nehmen.
Wir listen jetzt alle artikel auf, die in dem durchsuchungsbeschluß kriminalisiert werden:
Agitare Nr.13: 2 solidaritätserklärungen der gefangenen aus der BRD zum hungerstreik in spanien, der brief des ehemaligen gefangenkollektivs " komune carlos marx" an die hafenstr. vom herbst 87, ein bericht über die sylvesternacht an der roten flora und der hafenstr. aus hamburg, ein redebeitrag der prozeßgruppe zum börsenprozeß in frankfurt bei der knastkundgebung am 23.12.89.
Agitare Nr. 15: 3 erklärungen, eine zu 4 aktionen in köln zum spanischen hungerstreik, die erklärung zum anschlag auf RWE und die zu Lahmeyer International in Frankfurt.
Agitare Nr. 16: die erklärung zum angrif auf siemens und die zum angriff auf die deutsche bank in eschborn und die stellungnahme von ingrid strobl zum papier " 200 jahre sind nicht genug" (und zwar die zwei letzten seiten), ein bericht über solidaritätsaktionen zum hungerstreik in spanien.
Agitare Nr. 21: die einladung zu den phantomenalen und antikapitalistischen aktionstagen in hamburg, die RAF zum agrarwurm kiechle, erklärung von zweien aus dem gefangenenkollektiv wotta sita in italien, wo sie unter anderem, was zu herrhausen sagen, antwort auf c. geisslers "dissonanzen" aus der hafenstr.
Agitare Nr.23:erklärung der RZ zum anschlag auf das amt für öffentliche ordnung in köln, erklärung zum anschlag zum anschlag auf ne bullenpropagandashow in wiesbaden, ein flugi zu den räumungen und massenfestnahmen in groningen.

"soweit dort offenkundig für die unterstützung/beteiligung/fortsetzung des militanten kampfes der spanischen terrororganisationen PCE und GRAPO, für die fortsetzungvon gewaltakten ähnlich dem anschlag auf den bankier herrhausen, für gewaltaktionen anläßlich des icc-kongresses vom 26. bis 28. juni 1990 in hamburg, sowie für neubeginn/fortsetzung des bewaffneten kampfes der raf,rz und der italienischen terrororganisation wotta sitta geworben werden soll" (aus dem durchsuchungsbeschluß)

uns ist erstmal wichtig, daß ihr schnell mitbekommt was von den bullen aus gelaufen ist. wir werden demnächst noch mehr dazu schreiben.
gegen die vorstände von SSk und buchladen laufen jetzt ermittlungsverfahren wegen 129a aus den SSk-räumen haben die bullen post aus der letzten woche mitgenommen, wir wissen noch nicht was.
die Agitare ist nach dem freiburger ausbruch die zweite zeitung, die sie in letzter zeit kriminalisieren wollen. wir denken daß der beste schutz im moment ist, wenn die zeitung ganz viel verkauft wird.
wir lassen uns nicht einschüchtern!!!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Demoroute 3.11.

Anmeldung eines Aufzuges am 3.November 1990

Wir melden hiermit nach dem Versammlungsgesetz für Sonnabend den 3.November 1990 einen Aufzug **"Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" - Gegen das Feiern - Gegen das Vergessen** " an.

Ort der Auftaktkundgebung (Beginn 12.00 Uhr):
Straße des 17.Juni, vor dem Sowjetischen Ehrenmal

Route:
Straße des 17.Juni in Richtung Brandenburger Tor
links am Brandenburger Tor vorbei
auf den Pariser Platz
Unter den Linden
Karl-Liebknecht-Straße
links in die Spandauer Str.
An der Spandauer Brücke
am Hackeschen Markt links in die Oranienburger Str.
rechts in die Tucholsky Str.
rechts in die Wilhelm-Pieck-Str.
rechts in die Rosa-Luxemburg-Str.
links in die Memhardstr.
geradeaus (am Hotel Stadt Berlin vorbei) auf den Alexanderplatz

Ort der Abschlußkundgebung:
Alexanderplatz (vor der Weltzeituhr)

Die Route orientiert sich an den inhaltlichen Vorgaben, Schwerpunkte: deutscher Rassismus, Nationalismus und Imperialismus

- das Sowjetische Ehrenmal als Symbol für den Sieg über den deutschen faschistischen Imperialismus, das so viele an diesem Ort endlich verschwinden sähen, könnte auch andeuten in welcher Kontinuität wir uns sehen;

- das Brandenburger Tor als Siegestor und Denkmal deutschen Großmachtwahns, als das Symbol des imperialistischen (und Freikorps- und faschistischen) Deutschland genauso wie als Symbol der deutschen Vereinigung zum 4. Reich und der "neuen" Deutschtümelei;

- Unter den Linden war ab 1938 mit dem sogenannten Judenbann belegt, d.h. hier durfte sich kein jüdischer Mensch aufhalten;

- Unter den Linden war die Feststraße der Reichsfeiern um den 3. Oktober 1990, Deutschland den Deutschen, wir sind wieder wer;

- am Opernplatz gegenüber fand am 10.5.33 die Bücherverbrennung statt, die heute ihr Pendant im Umgang mit DDR-Literatur und ihren Autorinnen findet;

- im Lustgarten fand nach der Nazi-Machtübernahme die letzte massenhafte (200.000 Teilnehmer) antifaschistische Kundgebung statt

- in der Volkskammer wurde letztes Jahr (vor der Konterrevolution) dafür gesorgt, daß das "Schlupfloch" Flughafen Schönefeld und damit Ost/Westberlin für Flüchtlinge aus aller Welt geschlossen wurde und damit die rassistischen AusländerInnengesetze der BRD in Westberlin voll durchschlugen;

- ab dem Hackeschen Markt befinden wir uns im größten jüdischen Viertel des Berlins der zwanziger und dreißiger Jahre, dem Scheunenviertel;

- in der Oranienburger Straße befindet sich der (auch kürzlich geschändete) alte jüdische Friedhof; hier steht auch die Ruine der größten der einstmals 100 Berliner Synagogen;

- in die Große Hamburger Straße wurden vor ihrer Deportation nach Auschwitz 1943 alle in Berlin versklavten jüdischen ZwangsarbeiterInnen verbracht;

- am ehem. Bülow-, heute Rosa-Luxemburg-Platz befindet sich das Karl-Liebknecht-Haus, ZK der KPD bis 1933;

- ca. 150 Meter nördlich des Senefelder Platzes befindet sich der größte jüdische Friedhof Berlins, der in den letzten 2 Jahren mehrmals von Neofaschisten geschändet wurde;

- außerdem bietet der Platz von den Abzugsmöglichkeiten und der Nähe von Prenzlauer Berg sowie des Alex für eine nervöse Polizeiführung ziemlich viele Unwägbarkeiten;

Die Route ist weiterhin so gewählt, daß an diesem - verkaufsoffenen, langen - Samstag möglichst viele Leute (Brandenburger Tor, Unter den Linden!) die Demo mitkriegen - auch um den Hackeschen Markt herum herrscht um die Kleinläden Hochbetrieb; außerdem treffen hier die meisten Straßenbahnlinien in das Stadtzentrum aufeinander.

Vor dem Sowjetischen Ehrenmal ist der Platz durch die Beschränkung auf die Straßenbreite nicht so groß, daß eine nicht so gewaltige Demo darin unterginge, wie dies beispielsweise vor dem Reichstag oder auf dem leeren Potsdamer Platz der Fall wäre, andererseits wird er auf keinen Fall zu klein sein und wir stoßen dort so richtig ins Herz des deutschen Berlin-Touristen wie der bürgerlichen Publizistik, die uns das Brandenburger Tor sicher übelnehmen wird.

Wo bleibt der Westen? Dazu ist mehrerlei zu sagen: Die Demonstration wurde den Berlinern ja ziemlich reingewürgt, ging, wie wir dies beim Ansprechen diverser Gruppen erleben, auch ganz einfach an existierenden West-Berliner Strukturen vorbei; nicht umsonst war sie auf jeden Fall auf DDR-Territorium (Leipzig!) geplant, um dem hier besonders offen und aggressiv auftretenden Nationalismus und Rassismus die "Faust ins Maul" zu hauen. Die Wahl ist wohl richtig. Auf jeden Fall wurden die WEST-BerlinerInnen ziemlich außenvorgelassen. Vielleicht können wir mit der Wahl der Demoroute ja auch dieser blöden Geschichte Rechnung tragen und gleichzeitig die Ossi-Linke miteinbeziehen, was sich auch andeutet. Auch sollten wir nicht vergessen, daß am 3. Oktober die revolutionäre Linke v.a. Westberlins auf einer West/Ost-Route demonstriert hat, die - fast als einzige - für ein durchführbares Demokonzept mit West/Ost-Route in Frage kommt. Zum anderen ist die Route am Ausgangspunkt des Naziterrors im Regierungsviertel Berlin-Mitte orientiert und führt bewußt an Orten jüdischen Lebens und Sterbens vorbei: hier und nirgendwo anders lag und liegt der geographische Ausgangspunkt für imperiale deutsche Träume und terroristische deutsche Herrschaftsausübung, ganz unabhängig von liebgewonnenen Gewohnheiten des Demonstrierens im Westen.

Nachlesen

Zur Demo am zum 18.10. aus Berlin

Bullen zerstörten unsere Einheit.

Immerhin gingen ein parr hundert Leute auf die Straße wir hatten zwischendurch mal 500 Leute gezählt vielleicht waren es auch ein paar mehr. Es war zum großen Teil eine Szene Demo. Ein paar Transparente, neue Parolen und Flugblätter hätten nicht geschadet, um Aussagen nach aussen zu tragen. Schließlich richtet sich eine Demo an die Menschen und nicht an uns selber oder an die Bulle. Die Demo änderte denn noch ihren Charakter wegen des Vorgehens der Bullen. Bei dem Vorgehen der Bullen ging es nicht um irgendwelche Anlässe, auf die sie dann reagiert hätten, sondern sie waren von Anfang an auf Konfrontation und Einschüchterung aus, auf eine Demonstration der Staatsmacht in einem psychologischen nicht unwichtigen Moment. So ein Vorgehen zielt immer darauf ab uns von anderen Teilen der Bevölkerung zu isolieren(mal abgesehen davon daß die gesellschaftliche breite der Demo zu wünschen übrig ließ) ich vermute mal das wir uns in Zukunft öfters mit derartigen Bullen vorgehen herumschlagen müßen. Diesmal ist es ihner gelunger uns zu reduzieren darum war es für uns kein politischer Sieg. Was bleibt ist zum einen, daß sie für ihr vorgehen auch die Quitung kriegen müßen(und mal nicht durch eine berechenbare Kiezrandale.) Zum anderen muß aus dieser Erfahrung heraus ein Demokonzept intensiver besprochen werden ich hatte den Eindruck das wir nur sehr unflexibel und damit defensiv reagieren konnten. Die Nachbereitung der Demo ist die Vorbereitung der nächsten.

Logenplatzbesitzer vom Kotti

aus Freiburg

Initiative zum 18.10.'90, Wilhelmstr. 15, 7800.

Mit der Demonstration am heutigen Tag, dem 13. Jahrestag der Ermordung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, findet auf dem Augustinerplatz in Freiburg eine Reihe von Aktionen zur Unterstützung der ca. 40 Hungerstreikenden in spanischen Gefängnissen ihren vorläufigen Abschluß.

Die bisherigen Aktionen bestanden aus drei Auftritten einer schweizer Theatergruppe in der Innenstadt und einem Stadtteil am Sa., den 13.10.'90, von Diskussionen unt Verteilung von Flugblättern begleitet; dem Verkleben von Plakaten; dem Herabhängen eines Riesen-Transparentes vom Freiburger Münster mit der Parole "Hunger nach Leben".

zum 3.10.

3.10. - was war noch?

während "20.000 junge kreuzberger", "denen nun die wehrpflicht droht" (heute-journal), richtung alex demonstrierten, befanden sich , rechtzeitig zu stoltenbergs ankunft, einige antimilitaristInnen vor der (generalstabs-) kaserne in strausberg-nord, um der staatsterroristischen vereinigung einige transpis unter die nase zu halten. mehr wars leider nicht ("fragen zu kriegs- und arbeitsdiensten? - phone 1933-45 - desertiert massenHAFT"/ "soldaten sind mörder" / "hört auf zu dienen"). die medienkarawane im gefolge stoltenbergs stürzte sich zwar auf uns, schwieg uns aber tot. dafür stauten wir ganz gut den wochenend-ausflugsverkehr, der direkt am kaserneneingang vorbeiging - und: die leute hielten an, um die transpis zu lesen!!!! Von mehreren hundert vorbeifahrenden families zeigten uns nur zwei nen vogel, insofern ein ziemlich aufbauendes erlebnis.

wenn blicke töten könnten, dann hätten sie uns gleich liquidiert: die nachrichtendienst-sicherheitsschweine waren ein ganz anderes kaliber als die, die mensch so kennt: besser angezogen, durchtrainierter wirkender, "stahlhart" und halt drei kilometer gegen den wind nach schwein riechend. bw-sicherheit fuhr uniformiert in braunen opels rum (y - und dann ne sechsstellige nummer aufm autoschild). die anderen jungen männer fuhren einen roten passat (SU-MT 257) und einen dunkelblauen passatmäßigen audi (K - TP 639). Am meisten stank ein nagelneuer weißer daimler-lieferwagen mit verdeckten fenstern und der schwarzen aufschrift "systemtechnik weichelt - bremen" (D - DE 294). die fuhren alle mindestens zehnmal an uns vorbei, bauten sich dann gegenüber von uns aufm parplatz auf; aus dem lieferwagen, in dem nur ein fahrer sichtbar war, stiegen zwei (huch!) typen aus. wie'n ganz billiger krimi. als wir dann weg waren, fuhr der lieferwagen in die kaserne. wir hoffen, daß sie ihn jetzt neu spritzen müssen. (n.b.: weichelt steht natürlich nicht im bremer telefonbuch). fotos ham wa auch gemacht, aber sorry: als wir nach ner woche die bilder entwickeln wollten, war kein einziges belichtet. wunder über wunder.

für eine starke totalverweigerungsbewegung!

(25.10.)

AUTONOME - HOFFENTLICH HAUEN SIE AB !

Unter diesem Titel unterstellte uns ein lokales Hetzblatt der CDU, wir würden nach Hamburg und Berlin fahren. Weit gefehlt. Ihre Darstellung, daß die angekündigte Demo am 3.10. zu Chaos und Randale von den daheimgebliebenen Autonomen genutzt werden solle und die Polizei alles im Griff hätte habe verfehlte ihren Zweck der Abschreckung. Im Gegenteil schien der Artikel als zusätzliche Werbung **für** die Demo zu wirken. Und es erwies sich: die Polizei hatte **nicht** alles im Griff.
Nachdem der Fußball-Weltmeisterschaftstaumel in Bremen die ganze Stadt erfüllte; hupende Autos, wehende Fahnen und Menschenmassen sogar das Straßenbild in zumindest traditionell "unserem" Viertel bestimmte, offenbarte sich der 2.10/3.10 tatsächlich als Feiertag von oben.
An der traditionellen Sielwallkreuzung versammelten sich abends mehrere Hundert Frauen und Männer und entzündeten ein großes Feuer. Eine enteignete Fahne, die verbrannt wurde, machte zumindest kurzfristig klar, daß das Feuer nicht für, sondern gegen Deutschland brannte. Es kam zu einer kurzen Demo von ca. 80 Leuten, die einen Trupp von 20 Faschos überzeugen konnten, die Straße zu verlassen.
Die Aktivitäten am Sielwall hinderten die Polizei daran, Verstärkung nach Bremen-Nord zu schicken, wo die größte offizielle CDU-Feier stattfand und die Polizei vor Ort sich nicht in der Lage sah, dem lustigen Treiben von mindestens Hundert Leuten Einhalt zu gebieten. Ein Mollie flog aufs Veranstaltungsgebäude, mehrere Polizeiwagen wurden beschädigt, die Bullen mit Steinen eingedeckt und einige von ihnen verletzt und Busse mit Veranstaltungsgästen bekamen auch noch was ab. Bei diesen Aktivitäten kam es zu keinerlei Festnahmen.
Ein großer Teil der Anwesenden wurde allerdings nach dem Motto: KOma-Saufen gegen Deutschland aktiv und einige von ihnen waren darin so erfolgreich, daß sie am Ende unnötigerweise festgenommen wurden.

Am 3.10. gab es eine Demo, zu der an die 20 Gruppen aufgerufen hatten und die unter dem Motto:"Lieber raus auf die Straße als heim ins Reich" durch die Stadt führte. Es war - auch für uns überraschenderweise- die seit langem größte Demo in Bremen, die hauptsächlich von autonomen Gruppen getragen war. Ca.1800 Frauen und Männer beteiligten sich. Gut 200 Lesben und andere Frauen gingen im eigenen Block. Die Demo war daher für uns ein großer Erfolg.
Während die Stimmung kämpferisch und ausgezeichnet war, hinkte die Struktur allerdings hinterher. Geschlossenheit, Ketten, keine Lücken schien für viele völliges Neuland zu sein. Zudem hatte der Frauen- und Lsbenblock ständig Ärger mit einer ganzen Anzahl von Typen, die in den Block drängelten, direkt daneben gingen, dumme Sprüche brachten und sogar sexistische Parolen riefen.
Der Marktplatz war wegen einer später stattfindenden Einheits-Feier weiträumig abgeriegelt worden und die Demo zog daran vorbei.
Wir denken, daß die große MObilisierung zum einem Gutteil der offiziellen Propaganda f ü r die Einheit zu danken ist, der viele ihr Unbehagen entgegenstellen wollten.



Nicht nur auf Flugblättern weisen autonome Gruppen in Bremen darauf hin, daß sie den 3. Oktober anders als feierlich begehen wollen. An zahlreichen Stellen im Stadtgebiet wurden Plakate mit dem Titel „Wir freuen uns auf Deutschland" beschmiert, überklebt oder zerstört. Die CDU als Geschädigte hat die Verunreinigungsaktion ihrer Plakate aufs Schärfste verurteilt. WR-Foto: Krause

Im Moment gibt es Überlegungen, die Wahl am 2.12.90 zum Anlaß zu nehmen, um mit Aktionen und Veranstaltungen an die Mobilisierung zur Demo anzuknüpfen und sie inhaltlich und praktisch zu vertiefen. Themen wären z.B.: Flüchtlingspolitik, staatlicher Rassismus, internationalistische Politik, Wahl-Sabotage, Knastkampf...



Es gab schon viele Anfragen aus anderen Städten zu einer Demo zu Connys Todestag. Wir schicken schon mal diesen Aufruf mit den wichtigsten Daten rum, da der Diskussionsprozeß in Göttingen um das inhaltliche Flugblatt noch nicht abgeschlossen ist.

Hey,
am 17.11.1990 findet in Göttingen eine Demonstration statt!!!

Conny wurde am 17. November 1989 von der Polizei in Göttingen in den Tod gejagt.
Sie gehörte zu einer Gruppe Antifas, die an diesem Abend antifaschistische Selbsthilfe organisiert hatten, um sie dem anwachsenden Naziterror auf der Straße entgegenzustellen. Deshalb wurden die AntifaschistInnen von der Polizei verfolgt und vor dem Iduna-Zentrum angegriffen. Die Polizisten des Zivilen Streifenkommandos (ZSK) griffen die Antifas brutal mit gezogenem Gummiknüppel und chemischem Kampfstoff (CS-Gas) an und jagte die Gruppe in den laufenden Straßenverkehr.
Conny wurde direkt vor ein Auto getrieben, sie war sofort tot.
An dieser Stelle errichteten wir ein Mahnmal, an dem wir uns jeden Monat am 17. mit vielen Menschen trafen und demonstrierten.
Am 25.11.1989 fand in Göttingen eine bundesweite Demonstration statt, an der mehr als 15.000 Menschen teilnahmen.

Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen die Verantwortlichen an Connys Tod eingestellt. Das ZSK existiert weiter. Das öffentliche Interessen hat wieder nachgelassen und die Medien lügen oder schweigen weiter und nicht zuletzt lassen die Faschisten - ermutigt durch den nationalen Taumel - mit ihrem Terror nicht nach.



Zum Konzept

Am Freitag, den 16.11.1990, soll abends eine Mahnwache an der Stelle, wo Conny in den Tod gejagt wurde, stattfinden. Es wird eine Skulptur aufgestellt. Wir wollen die Mahnwache (schichtweise) die ganze Nacht durchsetzen. Am Samstag, den 17.11.1990 beginnt dann um 13.00 Uhr die Demo ab Stadthalle Göttingen. Voraussichtliche Route siehe beiliegender Stadtplan. Wir wollen an bestimmten Orten vorbeigehen. Z.B. die, die symbolisch als auch praktisch für Ermittlungsverfahren bzw. Verurteilungen gegen Antifas stehen und für die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die Verantwortlichen an Connys Tod beteiligt sind.

Wer trägt die Demo?

An den Ereignissen um Connys Tod entstand ein breite Öffentlichkeit. Z.B. entwickelte sich die Gruppe "BürgerInnen gegen Rechtsextremismus und Gewalt" und verschiedene SchülerInnengruppen, die auch diese Demo voraussichtlich mittragen werden. Das bedeutet, daß aus Göttingen neben den autonomen Kräften ein breites Spektrum an der Demo teilnehmen wird. Diese Hinweise bezüglich der Demozusammensetzung sollen Euch nur bei der Einschätzung und Vorbereitung der Demo hilfreich sein und nicht den Charakter schon vorher festlegen.

Wir nehmen an, daß in Eurer Stadt zur 17.11.-Demo Vorbereitungstreffen stattfinden werden. Es besteht die Möglichkeit, daß einige Leute aus Göttingen zu diesen Treffen kommen. Allerdings nur, wenn Ihr Euch früh genug hier meldet.

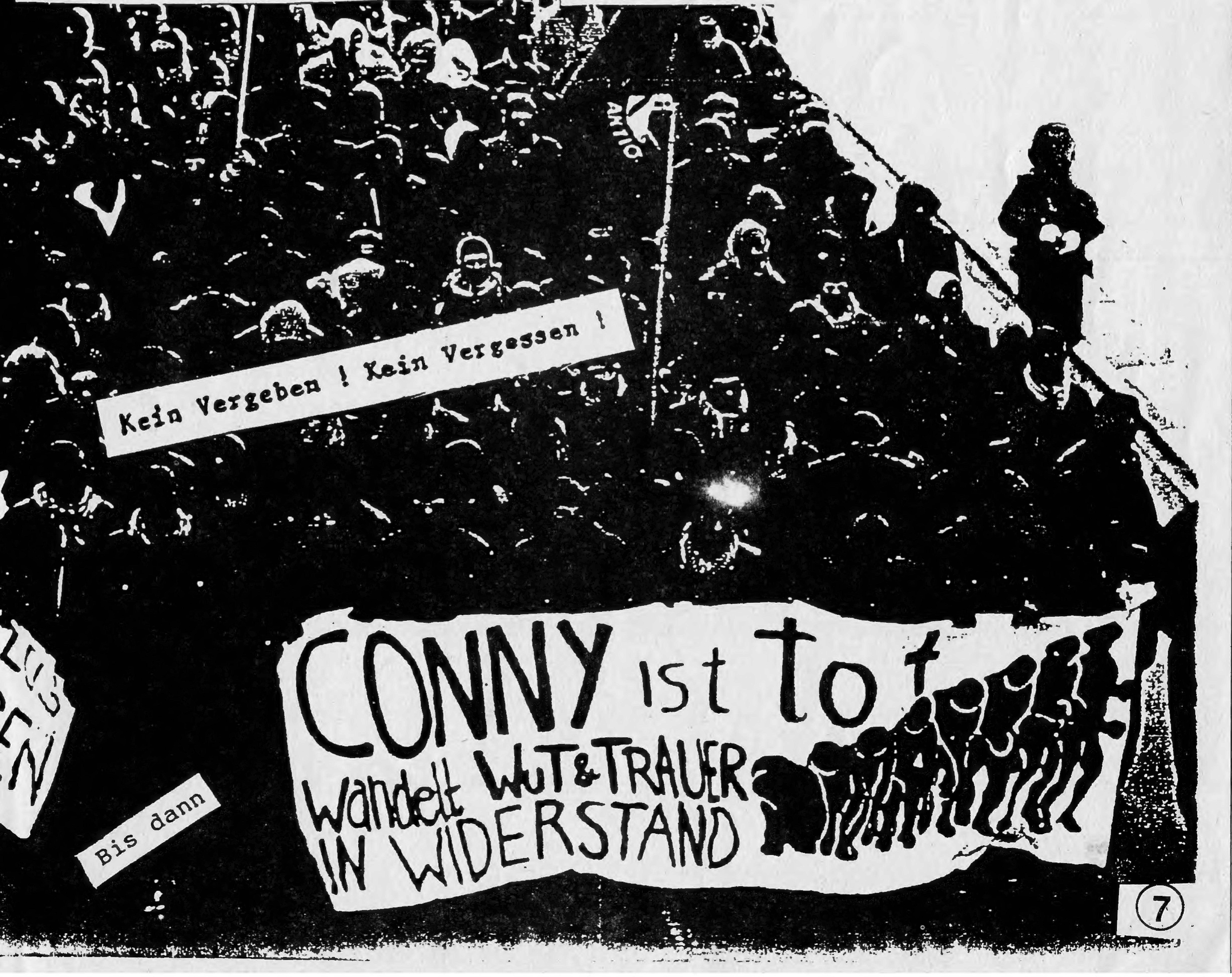
Am Freitag, den 16.11. finden in der Uni (genauer Ort wird frühzeitig bekannt gegeben) noch mal 2 Vorbereitungsplena statt (1. um 18 Uhr, 2. um 22 Uhr). Es wird außerdem am Freitagabend Vokü gekocht. Danach müßt Ihr aber für food usw. selbst sorgen. Eine große Bitte: Wenn Ihr Pennplätze braucht, gebt uns über die Anzahl so früh wie möglich Bescheid, dann wird's stressfreier für uns.

<u>Wichtig, Wichtig:</u>

→ Anlaufstelle ist am Freitag und Samstag die JuZI, Bürgerstr.44 Tele. 74557

→ Sagt bitte schnell bescheid ob und wieviele Plakate Ihr wollt.

→ Sanis werden auf jeden Fall noch gebraucht.



DER ERMITTLUNGSAUSSCHUSS INFORMIERT

— THEMA: „MORDVERSUCH" —

Zur ...

Am 12.Okt,also 9 Tage nach der Demonstration vom 3.1o.90, berichtete die Presse plötzlich über einen angeblichen Mordversuch an einer bei der Demo eingesetzten Polizistin. Ein Mann soll mit einer Stange auf sie eingeschlagen haben. Dazu wurde als erstes ein Film in TAGESSCHAU und BERLINER ABENDSCHAU veröffentlicht, der von STASI-Kameras, die auf dem Alexanderplatz fest installiert sind (ob das die Legitimation sein wird, die Kameras dort zu belassen??) aufgenommen wurde.Verbunden damit war ein Aufruf an die Presse, die Bevölkerung und tatsächlich auch an "die Scene", den Täter zu suchen und/oder entsprechene Hinweise an die Mordkommission zu geben. Offensichtlich fand sich ein Pressefotograf der ein Foto des angeblichen Täters zur Verfügung stellte. Dies wurde dann auch veröffentlicht.

Obwohl es noch viele Einzelheiten zu berichten gäbe, wollen wir es bei dieser Kurzdarstellung der Presseverlautbarungen belassen.

Aktivitäten der Polizei

Die Arbeit der Mordkommission war damit natürlich nicht beendet. Mindestens eine Person wurde noch am selben Wochenende zur Mordkommission vorgeladen. Diese Person war von der Polizei in zeitlicher Nähe zum o.a. Vorfall festgenommen worden. Ob es mehrere derartige Vorladungen gab, wissen wir vom Ermittlungsausschuß leider nicht.

Aber offensichtlich hat diese Form der Ermittlungen die Mord-Kommission nicht weitergebracht, so daß sie jetzt breiter gestreut ermitteln. Wir haben Grund zu der Annahme, daß sämtliche Personen, die am 2. und 3.Okt. in irgendeiner Weise von der Polizei überprüft/festgenommen wurden, angeschrieben werden.

Tenor des Schreibens:

.. Sie wurden personalienüberprüft
.. wie sie wissen ermitteln wir wegen Mordversuch..
.. können Sie Angaben machen?? ...
.. wir hätten drei Fragen: 1. Kennen Sie die Person?
2. Haben Sie den Vorfall beobachtet?
3. Kennen Sie weitere Personen, die Angaben machen könnte??
.. es sind DM 5.ooo,-- Belohnung ausgesetzt.
.. sie könnenauch unser anonymes Telefon anrufen ..
.. wir sichern, wenn gewünscht, Vertraulichkeit zu..

Als Anlage zu diesem Schreiben wurde das Pressefoto beigelegt!! Das sollte jede und jeder mal auf sich "einwirken" lassen.!

Uns ist völlig klar, daß durch diese persönlichen Anschreiben noch mehr Verunsicherung entsteht, als durch einen anonymen Aufruf in der Presse.

ABER, Bangemachen gilt nicht! Hier nochmal in aller Deutlichkeit: Frau/Mann muß in keinem Fall, weder als ZeugIn noch als BeschuldigteR, bei der Polizei Aussagen machen!!
Besprecht mit FreundInnen, GenossInnen oder AnwältInnen euer Vorgehen, oder, Kommt zu uns! (jeden Dienstag von 2o. bis 22 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr.2, 1 000 Berlin 61)
und außderdem: Kein Tratsch, kein Klatsch!!!
Gebt uns Bescheid, wenn Ihr so ein Schreiben erhaltet.
Informationen sind wichtig für Alle!!

Ciao, der Ermittlungsausschuß

Senatsverwaltung für
Bau- und Wohnungswesen
Herrn Senator
Wolfgang Nagel
Württembergische Str. 6
W-1000 Berlin 31

25.10.1990

Lösung des Hausbesetzerproblems

Sehr geehrter Herr Senator Nagel,

Bezug nehmend auf unser vor kurzem geführtes persönliches Gespräch erlaube ich mir, Ihnen die aktualisierte Liste der besetzten Häuser im Bezirk Berlin-Mitte zu überreichen.

Kategorie 1 (Häuser, bei denen eine Räumung nur nach Polizeirecht durchgeführt werden kann):

1. Ackerstr. 169/170 (Hier ist die Eigentümerin an uns herangetreten und hat unserer Gesellschaft jegliche Vertragsabschlüsse mit den Besetzern untersagt.
2. Adalbertstr. 25
3. Adalbertstr. 26
4. Adalbertstr. 27
5. Adalbertstr. 32
6. Adalbertstr. 28
7. Auguststr. 22
8. Auguststr. 27
9. Auguststr. 10
10. Augustrstr. 70
11. Almstedtstr. 24
12. Dresdener Str. 109 (In diesem Gebäude war vor dem 9. November eine Galvanisieranstalt der Stasi unteregebracht. Das Gebäude ist hochgradig toxisch verseucht. Diese toxische Verseuchung ist den Besetzern bekannt.)
13. Joachimstr. 6
14. Kleine Hamburger Str. 5
15. Linienstr. 206 (Dieses Haus war ursprünglich für eine Modernisierung und Instandsetzung im Rahmen des 25-Millionen-Programms vorgesehen, ist dann aber aus diesem Programm aufgrund der Besetzung kruzfristig heraus genommen worden.)
16. Linienstr. 158
17.Mauerstr. 12
18. Sophienstr. 26/27
19. Tucholskystr. 30
20. Tucholskystr. 32
21. Köpenicker Str. 137

Kategorie 2 (Hauser, bei denen durch Verttragsverhandlungen eine zivilrechtliche Duldung besteht bzw. zu vermuten ist, so daß die Freimachung nur auf dem Zivilrechtswege herbeigeführt werden kann. Wir erlauben uns an dieser Stelle die Ergänzung, daß nach unserer Einschätzung bei den Besetzern dieser Häuser Vertragsabschlüsse möglich erscheinen und von unserer Gesellschaft auch angestrebt werden.)

22. Bergstr. 68
23. Brunnenstr. 182
24. Brunnenstr. 6/7
25. Anklamer Str. 36 Dieses Objekt wurde von unserer Gesellschaft der Initiative "Verein Linie" zugewiesen, die zuvor Räume in der Linienstr. 159 besetzt hielt.)
26. Neue Schönhauser Str. 9 (Dieses Objekt wurde von uns der Serbischen Kulturinitiative SKI angeboten)
27. Oranienburger Str. 52/53 (Initiative TACHELES - hier steht ein Vertragsabschluß unmittelbar bevor.)

28. Rosenthaler Str. 68
29. Gormannstr. 5
30. Bergstr. 81
31. Ackerstr. 18
32. Mulackstr. 22
33. Veteranenstr. 21 (Hier handelt es sich um die Initiative Alternativer Kunstverein ACUD, der zuvor Wohnungen in der Neuen Schönhauser Str. 12 besetzt hielt.)

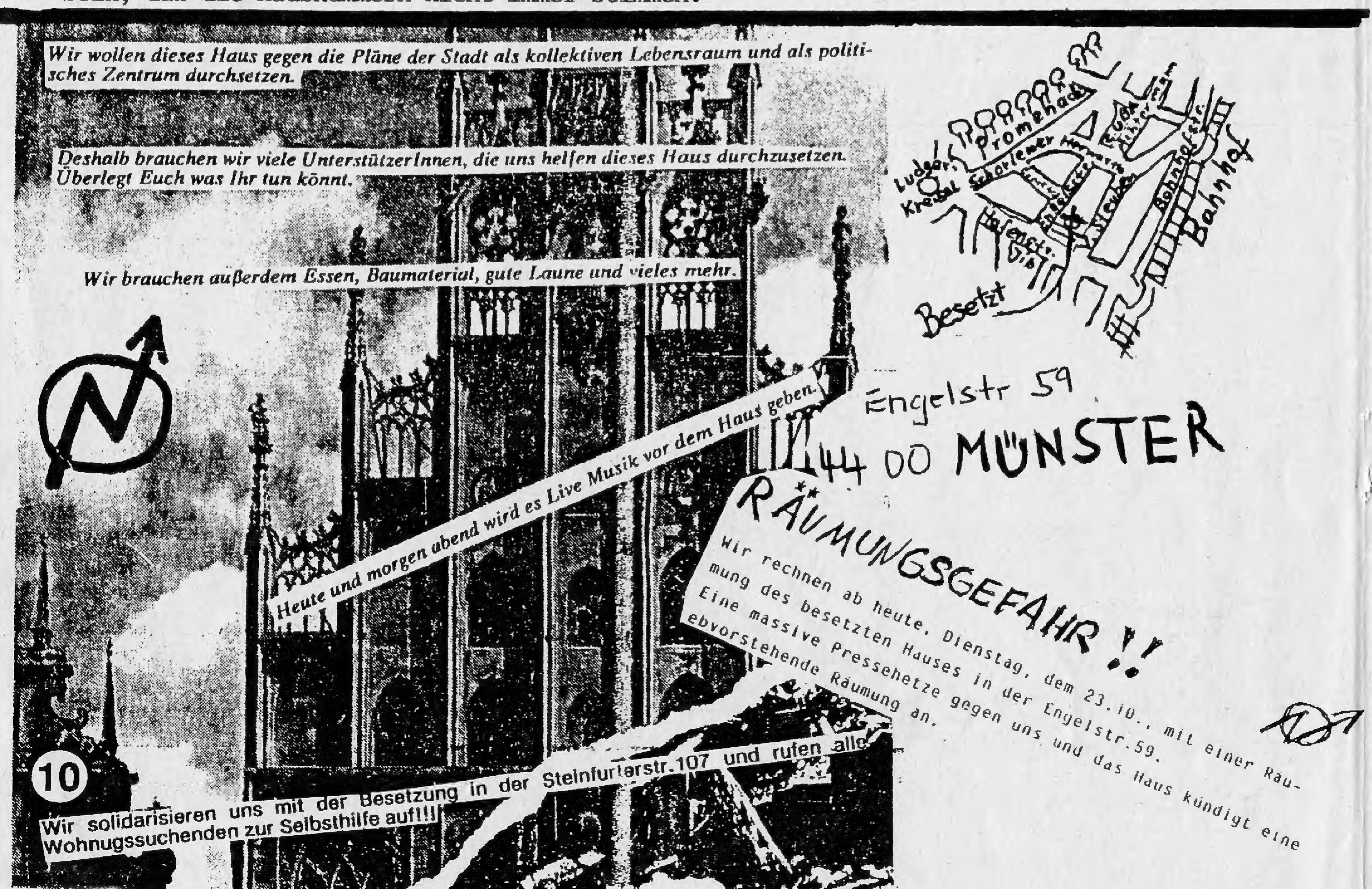
Kategorie 3 (Häuser, die nicht der Kategorie 1 oder 2 zuzuordnen sind, da aufgrund der bisherigen Handhabung sich keine eindeutige Einordnung ergibt. Heirbei handlet es sich um Häuser, wo die Initiataiven bzw. Besetzer an uns herangetreten sind, zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch keine Vertrags- oder sonstigen Verhandlungen geführt worden sind.):
34. Oranienburger Str. 5
35. Steinstr. 19
35. Bergstr. 64

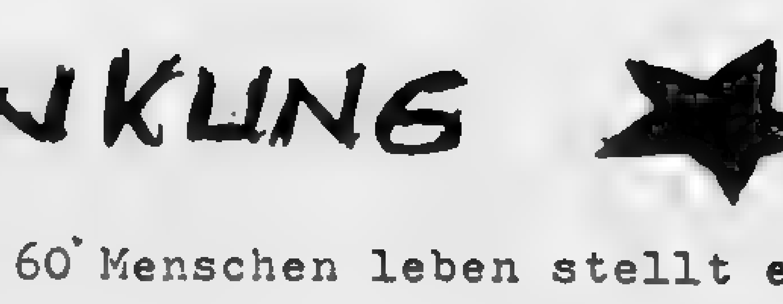
Wir erlauben uns an dieser Stelle den Hinweis, daß es in Geschäftsführung und Aufsichtsrat unsrer Gesellschaft Bestrebungen gibt, dieVerwaltung und Betreuung der besetzten Häuser Treuhändern des Landes Berlin anzudienen. Zu Ihrer Information fügen wir deshalb eine Kopie unseres Schreibens an Herrn Stadtrat Dr. Thurmann vom heutigen Tage bei.

Mit freundlichen Grüßen

WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFT - MITTE
GmbH
Max-Beer-Straße 2/4
1054 Berlin
Telefon: 28 09 123 6

Anmerkung der Redaktion:
Ihr habts hier mit ner Abschrift einer ziemlich unleserlichen Kopie zu tun, deshalb kanns sein, daß die Hausnummern nicht immer stimmen.



AUS DER VERSENKUNG 

Die Lübbenerstraße 29, in der ca 60 Menschen leben stellt einen Stachel im Fleisch derjenigen dar, deren einziges Ziel es ist, möglichst hohen Profit aus der Ware Wohnraum zu ziehen. Bevor die BeWoGe anfing MieterInnen zu kündigen oder umzusetzen, um ihr Modernisierungsvorhaben verwirklichen zu können (Lübbener 27, 28, 29,) existierte hier relativ billiger Wohnraum, den sich auch einkommensschwächere Schichten leisten konnten. Die zu 100% senatseigene Wohnungsbaugesellschaft BeWoGe entwickelte ein Modernisierungskonzept für ihre Häuser 25-29, das mit öffentlichen Geldern (Steuergeldern) gefördert werden soll.
Um dieser schleichenden Umstrukturierung etwas entgegenzusetzen und aus dem existentiellen Bedürfnis nach Wohnraum schlugen einige der Wohnungen, die über Verhandlungen mit S.t.E.R.N. und BeWoGe befristete Mietverträge erreicht hatten den Gerichtsweg ein, der nun mit 4 Wohnungen in zweiter Instanz gewonnen wurde. D.h., jenen 4 Wohnungen, die Prozesse geführt haben werden die befristeten Mietverträge in unbefristete umgewandelt. Aber das ist uns lange nicht genug. Nach wie vor ist die Lage der restlichen Wohnungen d.h. der offen besetzten ungesichert.
Öffentlich geförderte Modernisierung, wie sie hier in der Lübbenerstraße 25-29 durchgezogen werden soll, und zum Teil (28) auch schon ist, bietet nur einen zeitlich begrenzten Schutz gegen explodierende Mieten. Die Vernichtung und Verteuerung von Wohnraum geschieht auch schon hierbei durch Zusammenlegung mehrerer Wohneinheiten in eine größere Wohnung. Diese Tendenz Bezirke mit relativ billigen Mieten, in denen noch gewachsene Strukturen existieren "aufzuwerten", z.B.mittels Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen, private und öffentlich geförderte Modernisierungen oder auch die Anlockung von einkommensstarken Schichten (Yuppisierung), die gerne bereit sind, für größeren Wohnraum noch höhere Mieten zu zahlen gilt es aufzuhalten und rückgängig zu machen. Durch all diese profitmaximierenden Maßnahmen werden Menschen mit geringem Einkommen aus ihrem Stadtteil gedrängt, oder gezwungen noch mehr zu arbeiten, um sich die ständig steigenden Mieten noch leisten zu können. Hierbei werden gewachsene Strukturen zerschlagen und ein mögliches Widerstandspotential, welches Menschen mit niedrigem Einkommen, eben jene, die nichts zu verlieren, aber eine Menge zu gewinnen haben darstellen, seiner Sprengkraft beraubt.

Mit unserem Verbleiben in der Lübbener 29 setzen wir aktiv etwas gegen diese Tendenz zur Umstrukturierung unserer Stadtteile. Mit unseren Vorstellungen davon , gemeinsam in einem Haus zu leben stellen wir grundsätzlich die Berechtigung der HausbesitzerInnen in Frage, der Ware Wohnraum Profit abzupressen. Wir sind der Ansicht, Wohnen ist Menschenrecht, mit dem weder gehandelt, spekuliert noch verdient werden darf, wie es mit jeder anderen Ware geschieht.
Es sind nicht nur einzelne Spekulantenfirmen, deren bekanntheitsgrad durch zeitweilige Skandale zunimmt, die Wohnraum vernichten und die Mieten immer weiter ins unermeßliche treiben; auch dem Senat liegt offensichtlich nicht ernsthaft etwas daran, der Wohnungsnot Abhilfe zu verschaffen. Das macht sich daran deutlich, daß z.B. die BeWoGe zu 100% in senatsbesitz ist, wie auch eine Reihe anderer Wohnungsbaugesellschaften. Wenn er willens wäre etwas gegen die Wohnungsnot und der Spekulation mit der Ware Wohnraum zu tun so könnte er es, aber wer schneidet sich schon ins eigene Fleisch!
Was wir wollen:
Davon ausgegangen, daß die Umgesetzten MieterInnen der Häuser Lübbenerstraße (oder noch umzusetzenden)25-29 zu 80% (und das ist hoch angesetzt) wieder in ihre ehemaligen Wohnungen zurückwollen (manche sind schon seit mehreren Jahren umgesetzt), dann bleibt bei insgesamt 5 Häusern immer noch ein ganzes Haus leer - genau dieses ist es, was wir wollen!
Und dazu kollektive Mietverträge, bei der die Miete die Betriebs- und Instandhaltungskosten nicht übersteigt.
Instandsetzung statt Modernisierung der Lübbenerstraße 29!



Presseerklärung : Autonome Frauenprojekte gegen das AusländerInnengesetz

Trotz massiver Proteste von Parteien, Verbänden, kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Migrantinnenorganisationen und Projekten wurde im Sommer dieses Jahres das neue AusländerInnengesetz (AuslG) verabschiedet und tritt am 1.01.91 in Kraft.

Von diesem Gesetz sind zu über 90 % Frauen betroffen, die im Rahmen des Familiennachzugs in die Bundesrepublik gekommen sind, und kein sicheres eigenständiges Aufenthaltsrecht haben. Für diese Frauen ist es schier unmöglich, die Bedingungen für den Erhalt einer Aufenthaltsberechtigung zu erfüllen, die ihren Aufenthalt sichern würde. Die Frauen werden per Gesetz gezwungen in der Ehe/Familie zu bleiben, wollen sie nicht die Ausweisung riskieren.

Für unsere Arbeit in den Frauenprojekten hat das Gesetz zur Folge, daß wir Mitarbeiterinnen Frauen raten müssen, die gewalttätige Situation auszuhalten und weiterhin Gewalt, Unterdrückung und Demütigungen zu ertragen, wollen sie nicht abgeschoben werden.

Eine Migrantin, die dennoch ins Frauenhaus oder eine Zufluchtswohnung flieht, wird zum einen gezwungen sein, Sozialhilfe zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes zu beantragen, was zu ihrer Ausweisung führen wird, und zum anderen wird sie keinen ausreichenden Wohnraum nachweisen können. Wegen der ständigen Überfüllung der Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen ist dies ebenfalls ein Ausweisungsgrund. Außerdem fällt für "nachgezogene " Ehefrauen durch die Trennung vom Mann der Grund für den Aufenthalt weg, was ebenfalls die Ausweisung zur Folge hat. Diese Regelung galt auch schon im alten AuslG, hat sich aber verschärft. Wird sich die Frau dann noch gegen ihre Abschiebung öffentlich wehren, so wird sie sich "unerwünscht politisch betätigen", bzw. "das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern stören" und in jedem Fall "die Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen" - alles strikte Ausweisungsgründe!
Für Frauen aus Dritte-Welt-Ländern, die über den Internationalen Heiratsmarkt und Menschenhandel in die Bundesrepublik kamen und hier mit Deutschen verheiratet sind, bedeutet das, daß ein Anruf des Mannes bei der Ausländerpolizei genügt, in dem er sie der Prostitution bezichtet, sie gleichzeitig vor die Tür setzt, damit sie abgeschoben wird.

Hatten schon bisher die meisten Migrantinnen-- durch das alte AuslG - geringe Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes, vom Mann/Vater unabhängiges Leben zu führen, so wird es ihnen nach dem jetzigen Gesetz fast unmöglich gemacht.

Sie haben kein eigenständiges, sicheres Aufenthaltsrecht und sind von der Willkür des Ehemannes bzw. der deutschen Behörden abhängig.
Der all-tägliche bundesdeutsche Sexismus wird so zusätzlich auf die Spitze getrieben!

Zusätzlich müssen nach dem Gesetz öffentliche Stellen "Spitzeldienste" leisten, d.h. Migrantinnen gegenüber der Behörde denunzieren, wenn Ausweisungsgründe vorliegen.
Für ausländische Frauen gibt es so keinen Schutz und Sicherheit durch Anonymität!
Für uns ist diese Meldepflicht, die fatal an faschistische Überwachungspraktiken erinnert, bereits Grund genug, das Gesetz entschieden zu bekämpfen.
Wir solidarisieren uns mit den MitarbeiterInnen in den öffentlichen Stellen, die diese Spitzeldienste verweigern. Auch wir werden uns einer "Verpflichtung zu Spitzeldiensten" in jedem Falle verweigern.

Die unterzeichnenden Projekte sind entsetzt darüber, daß es noch/schon wieder möglich sein soll, hier in Deutschland ein solch rassistisches und sexistisches, jeglichen Menschenrechten widersprechendes Gesetz zu erlassen. Dieses Gesetz, das angeblich "Rechtsunsicherheiten für ausländische Menschen beseitigen" sollte entzieht Migrantinnen in elementarer Weise die bisherige geringe Sicherheit.
Es ist ein "AusländerInnen -RAUS-Gesetz", mit dem jegliche Migrantin ausgewiesen werden kann, da sich immer ein entsprechender Gummiparagraph findet, der sich auf sie anwenden läßt.

Wir sind empört darüber, daß dieses Gesetz im Schatten der Wiedervereinigungshysterie und vor dem Hintergrund der damit verknüpften wiederererstarkenden nationalistisch - rassistischen Tendenzen in der BRD vom Bundestag verabschiedet worden ist. Wir verurteilen dieses Gesetz aufs Schärfste - insbesondere im Bewußtsein der faschistischen deutschen Vergangenheit- und fordern die sofortige Rücknahme dieses Gesetzes!!

Grundsätzlich lehnen wir jegliche Sondergesetze für Migrantinnen und Flüchtlinge ab, da solche Gesetze Menschen in verschiedene Klassen einteilen und letzten Endes "Apartheidgesetze" sind.

Wir fordern daher:
- Selbstbestimmungsrecht für Frauen jeder Nation
- Jede Frau muß die Möglichkeit haben, sich aus Gewalt- und Mißhandlungsbeziehungen zu befreien
- Abschaffung von Gesetzen, die Frauen in Abhängigkeit von Männern halten
- Anerkennung der sexuellen Verfolgung als Asylgund
- Weg mit dem Zwang zur Denunziation von Ausländerinnen
- Abschaffung des Ausländerinnenzentralregisters

beteiligte Gruppen: Frauenkrisentelefon, Wan Ying e.V., Frauenzimmer, Frauenort, Mädchenhaus, TIO, Notruf, autonomes Frauenhaus, nachgehende Beratung

Keine Stimme für Deutschland!

Reichstagswahlen — Ohne uns!

Die Wahl des 2. Dezember ist keine wie jede andere. Schon ihre Festsetzung als Reichstagwahl war ein Bestandteil der ökonomischen und diplomatischen Blitzkrieg-Strategie für den Griff zur Weltmacht. Mit ihrer Durchführung soll und wird die Bevölkerung die Auslieferung der DDR an Alt-Nazis, Spätgeburtler, NATO-Stäbe und die Deutsche Bank nachträglich legitimieren.

Das Wiedererstehen der souveränen Großmacht Deutschland markiert für andere Länder und die Linke in Ost und Welt keine Chance, sondern eine Drohung, die zur Katastrophe werden kann. Zentrale Elemente des deutschen Imperialismus, die zu zwei Weltkriegen geführt haben, erleben derzeit ihre Wiedergeburt: Ein neudeutscher Nationalstolz, der sich aus Überheblichkeit, Rassismus und Intoleranz speist; die Verhöhnung der Opfer vergangener deutscher Großmachtpolitik, deren Forderungen nach Entschädigungen beiseite gewischt wird; die neuen militärischen und politischen Weltmachtambitionen, wie sie aktuell im Kontext der Golfkrise zum Ausdruck kommen.

Zur Auslöschung der DDR und Neuordnung des Internationalen Machtgefüges hat die herrschende Klasse in Bonn von allen ökonomisch und politisch denkbaren Möglichkeiten die brutalste und zugleich waghalsigste Variante gewählt und auch damit Kontinuität demonstriert. Mit einem gezielten Zerstörungsangriff auf das Rückgrat der DDR-Ökonomie wurde binnen Wochen aus der ehemals zehnstärksten Industrienation der Erde ein um wohlfahrtsstaatliche Hilfe bettelndes Kollektiv gemacht: Was zum Schrott erklärt wurde, ward Schrott. Mit der Unterwerfung der DDR-Geldpolitik unter das Kommando der Bundesbank und der Abschaffung aller Subventionen für das soziale Existenzminium (sogenannte Preisreform) wurde der DDR schon frühzeitig der Fangschuß gesetzt und ein Serie politischer, sozialer und ökonomischer Umschichtungen ausgelöst, der sich kein Beteiligter mehr entziehen konnte.

Hiergegen hat sich in den letzten Monaten keine nennenswerte parlamentarische oder außerparlamentarische Opposition entwickelt. Stattdessen wird bis weit in die Linke hinein wohlwollend akzeptiert, wenn heute eine Großmacht Deutschland alle positiven, im Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg auferlegten Diskriminierungen abstreift, um ein Höchstmaß an Souveränität zurückzuerlangen. Die Erinnerung an die Geschichte des Deutschen Reiches, dessen herrschende Eliten, Wirtschaftsführer und Armeen — von großen Teilen der Bevölkerung unterstützt — beispiellose Verbrechen begangen haben, scheint den meisten Menschen nichts mehr zu bedeuten: Der Nationalsozialismus ist Vergangenheit und der von ihm entfesselte Krieg im nachhinein gewonnen. Von Leuten, die lange Jahre in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv waren, wird sogar vertreten, es gebe heute das geläuterte Deutschland, in das wir alle uns einreihen können.

Wir haben mit der Demonstration „Nie wieder Deutschland" am 12. Mai in Frankfurt versucht, für gegenteilige Konsequenzen und Ziele zu mobilisieren und haben damit bei Deutschen Haß und Ärger provoziert. In einer Zeit, in der sich opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitgeist als nüchterne Realpolitik darstellt, in der behauptet wird, Schlimmeres durch Schlimmes verhindern zu können und in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, halten wir es für notwendig, von „Massenfreundlichkeit" als dem zentralen Politik-Kriterium Abschied zu nehmen. Wir betrachten es im Gegenteil als unsere Aufgabe, klar und kompromißlos gegen den Nationalismus auch in der Bevölkerung Front zu machen.

Unser Unvermögen, in die aktuellen Entwicklungen wirkungsvoller einzugreifen hat objektive Ursachen: Selbst der Unterprivilegierte ist hier und heute Bürger einer Nation, die gegenüber dem Warschauer-Pakt und gegenüber der innerimperialistischen Konkurrenz als der Sieger hervorgegangen ist und somit noch die relativ günstigsten konsumptiven Möglichkeiten anbieten kann. Es kommt hinzu, daß sich eine äußerst antiemanzipatorische und damit abschreckende Verfasstheit des Realen Sozialismus historisch hat durchsetzen können.

Die Schwäche radikal linker Politik hat zugleich aber auch mit eigenen krassen Unsicherheiten, zögerlichem Herangehen und unklarer Analyse zu tun. Bis weit in die nichtreformistische Linke hinein wird beispielsweise das „Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" anerkannt. Statt für eine prinzipielle Gegnerschaft zur deutschen Wiedervereinigung einzustehen und die spezifische Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu thematisieren, hielten es viele für richtiger, die DDR-Annexion allein unter dem Aspekt der sozialen Folgen für sich und ihre Landsleute zu kritisieren. Auch der drohende Kriegseinsatz der Bundesmarine im Golfkonflikt hat hierzulande keinen spontanen Protest entfachen können — stattdessen haben grüne Ideologen mit linker Vergangenheit dafür geworben, daß die „Weltmacht Deutschland" keine „Appeasementpolitik" betreiben dürfe und zur Not auch das Recht haben müsse, militärisch zuzuschlagen. Das ganze Ausmaß der Desorientierung wird deutlich, wenn wir uns vor Augen halten, daß bis weit in die Linke hinein die Sicherung „unserer" Ölquellen so selbstverständlich geworden ist, daß in der Verhängung des härtesten Wirtschaftsboykotts die einzige Alternative zur offenen Kriegseröffnung gesehen wird.

Aus alledem ergibt sich, daß wir in den nächsten Monaten eine intensive Auseinandersetzung führen müssen, damit sich eine radikale Linke der BRD und der DDR in neuen Zusammenhängen formieren kann. Diese Auseinandersetzung kann nicht alleine an Schreib- und Konferenztischen entwickelt werden. Sie muß eingreifen in die aktuellen politischen Entwicklungen und sichtbar machen, daß die „Nie wieder Deutschland"-Orientierung durch Wiedervereinigung und Wahlen nicht „veraltet" sondern dringlicher geworden ist: Internationalistisch handeln und denken heißt im heutigen Deutschland antinational handeln und denken.

Den Zustimmungswahlen für die Weltmacht Deutschland messen wir insofern eine herausragende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern weil es *diese* Wahlen sind. Da mit der Entstehung des neuen deutschen Reichs die Niederlage des Faschismus revidiert werden soll, wird auch jede kritisch gemeinte Beteiligung an den bevorstehenden Wahlen als Zustimmung zur „Stunde Null" und damit zur endgültigen Verdrängung vom deutschen Massenmord und Nazi-Krieg verwertet werden.

Wir erklären deshalb, daß wir uns als Deutschland-GegnerInnen an der Reichstagswahl nicht beteiligen werden und rufen dazu auf, diese Wahlen für eine antinationalistische Intervention zu nutzen.

Wir haben weitere Gründe für diesen Aufruf, die wir nicht vereinheitlichen wollen, weil jeder dieser Gründe gut genug ist, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen und die Auseinandersetzung um linke Politik voranzutreiben:

— Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, auch nicht die PDS und die Grünen, sprechen sich gegen die Wiedervereinigung aus. Im Gegenteil. Die PDS hatte sich vom nationalen Sog der DDR-Bevölkerung nicht nur mitreißen lassen, sondern ihm mit dem Modrowschen „Deutschland einig Vaterland" Schubkraft in die Linke hinein verliehen. Bis hin zur Selbstverleugnung ihrer eigenen kurzen Geschichte beteuern heute Repräsentanten dieser Partei, von Anfang an für die Deutsche Einheit gewesen zu sein. In der Tat hat die PDS zu keinem Zeitpunkt „Nein zu Deutschland" gesagt. Stattdessen wird auch in Stellungnahmen aus der PDS *„ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland"* gefordert und jene Haltung abgegrenzt vom *„nationalen Nihilismus und linksradikalen Negativpositionen in der Vereinigungsfrage"*. (PDS-Pressedienst vom 24.8.90)

Auch bei den GRÜNEN gibt es ein positives Bekenntnis zur neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht und Überlegungen, wie diese Funktion auch militärisch auszufüllen sei.

Statt die Gefahren der Restauration Deutschlands in aller Schärfe herauszuarbeiten, haben die „oppositionellen" Parteien selber nationale Positionen übernommen und die Entwicklung teilweise for-

ciert. Im übrigen begnügen sie sich mit Korrekturen im Einzelnen, fordern einen „sozialverträglicheren" Anschluß und mehr Selbstbeteiligung der BürgerInnen an der Restauration, z.B. durch einen Volksentscheid. Diese Haltung, auch bei der aggressivsten Expansion noch mitmachen zu wollen, „konstruktive Opposition" um jeden Preis zu sein, um einzelne Härten auszugleichen, halten wir für unverantwortlich. (Daß sie außerdem den realen Ablauf imperialistischer Politik nicht zu beeinflussen vermag, haben die letzten Monate eindrücklich gezeigt.)

— Schon in der Vergangenheit wurde viel zu wenig bedacht, daß aus dem preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ein deutsches „Zwei-Rassen-Wahlrecht" gezimmert wurde: Nur wer von den Herrschenden als Deutsche oder Deutscher definiert wird, darf die bürgerlichen Grundrechte in Anspruch nehmen. Etwa fünf Millionen Ausländer, die seit vielen oder wenigen Jahren hier leben und die Folgen des neuen deutschen Nationalismus sehr viel schärfer als wir zu spüren bekommen, haben nicht einmal das Wahlrecht. Wir verzichten auf die Wahrnehmung eines rassistisch definiert Privilegs und solidarisieren uns mit den Hauptopfern der neudeutschen Rassen- und Klassenpolitik. Die bisherige Ausgrenzung der ImmigrantInnen wird durch die annexionsbedingte Produktion einer neuen industriellen Reservearmee potenziert: Allein die 175.000 AusländerInnen in der DDR sind als Folge der Wiedervereinigung akut von Ausweisung bedroht. Auch in der Bundesrepublik entlädt sich der nationalistische Taumel zunehmend gegen die ImmigrantInnen und Flüchtlinge, denen mit Bürgerwehren, tätlichen Angriffe und Beschimpfungen durch die Medien das Leben zur Hölle gemacht wird.

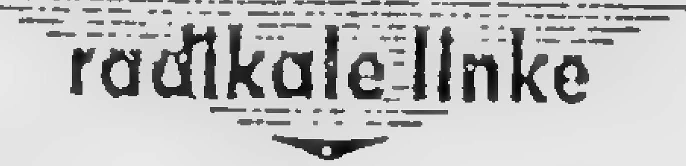
— Die Erfahrungen, die viele von uns mit den Grünen gemacht haben, die das Spielbein der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein wollten und die mittlerweile allen, die radikale Politik außerhalb des Bundestages und der Landtage machen, einen Tritt verpassen, wenn sie ihnen in die Quere kommt, haben dazu geführt, daß wir die Wahlbeteiligung und parlamentarische Vertretung als Mittel linker Politik heute sehr viel kritischer bewerten. Für uns steht die Frage, wie sehr parlamentarische Präsenz (und erst Recht Regierungsbeteiligung) zur nationalen Identifikation vieler Linker beigetragen hat. Die Rekonstruktion linker Politik kann nicht gelingen, solange der Weg der Grünen nicht aufgearbeitet, die Integrationsmechanismen des Imperialismus nicht analysiert und die klare Distanz zu der Methodenvielfalt bürgerlicher Herrschaftsausübung nicht wiederhergestellt ist. Wir sehen heute angesichts des Niedergangs der außerparlamentarischen Politik und der Schwäche der Linken in der Suche nach parlamentarischer Repräsentanz jedenfalls keinen Sinn.

Unsere erklärte Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne: Wir wissen, daß wir keine WählerInnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimmen zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich innerhalb der Linken weniger denn je in einer Legitimationskrise — umgekehrt scheint er hier für viele zur letzten Hoffnung geworden zu sein. Uns geht es darum, der nationaldeutschen Politik aller kandidierenden Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir wollen zugleich möglichst viele davon überzeugen, daß dieses Deutschland nicht mitgestaltet, sondern bekämpft gehört.

Weil unsere Wahlintervention zur Neufundierung einer außerparlamentarischen Opposition beitragen soll, laden wir Euch ein, am Wahlwochenende des 1./2. Dezember die eigene Stimme besser zu nutzen: Wir wollen uns zur Konferenz „Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" versammeln.(1) Dabei soll keine Bestandsaufnahme der Großmachtpolitik der Regierung Kohl vorgenommen werden. Wir wollen die Diskussion über die linke Haltung dazu organisieren. Uns interessiert, wie es zu diesem dramatischen Niedergang der gesamten Linken kommen konnte und welche Perspektiven wir uns erarbeiten können. Wir wollen unsere falschen Traditionen und Voraussetzungen analysieren und Schlußfolgerungen für unsere künftige Praxis ziehen. Es soll dabei u.a. um die folgenden Fragen gehen: Wie stehen wir zum „Volk"? Wieso entschuldigen Linke falsches Verhalten so schnell durch Benennung „sozialer Ursachen"? Wieso reagiert die Linke kaum auf die im Zuge der Wiedervereinigung dramatische Verschärfung des Fremdenhasses, und wie läßt sich eine nichtsozialarbeiterische Opposition gegen die Fronde von aufgebrachten BürgerInnen, rassistischen PolitikerInnen und gewalttätigen Skinheads entwickeln? Welche Bedeutung haben die nationalen Parolen der Friedensbewegung für die ideologische Misere der Linken, und wie können wir heute die notwendige Antikriegsarbeit machen?

1) Zur Debatte stehen zur Zeit Köln, Nürnberg und Hamburg. Eine Entscheidung über den Ort fällt auf dem 2. bundesweiten Koordinierungstreffen am 27.10.
2) Eine Minderheit in der Radikalen Linken präferiert andere Optionen zur Reichstagswahl und unterstützt nur die Konferenz, nicht den Aufruf.

ErstunterzeichnerInnen:
Autonome LUPUS-Gruppe Rhein/Main, Regula Bott, Theresia Degener (aktiv im bundesweiten Forum von Behinderteninitiativen und Krüppelgruppen), Thomas Ebermann, Maren Psyk (Radikale Linke), max. & sab. (AK-Redaktion), Heiner Möller (KB), Alain Piermont, Radikale Linke (2), Karl-Heinz Roth, Oliver Tolmein (konkret-Redaktion), Rainer Trampert, Detlef zum Winkel (KB).



► **Demo 3.11. Berlin:** »Gegen das Feiern - gegen das Vergessen«. Aufrufe DIN A 3 doppelt -,15 DM/Stck., Plakate (ab 18.10.) 1,30 DM/Stck. Bestellungen Tel.: 0228-16-3538 oder 0221-730 365 Geli o. Winnie. Vorkasse u. Spenden an: W. Wolf, Kto-Nr. 1317-93028, BLZ 370 501 98, Stadtsparkasse Köln. Radikale Linke, OLN 59 387, 2 Hamburg 50. Wir brauchen dringend zur Durchführung der Demo Spenden!

► **Berlin: Demo »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland«.** Das BUNDESTREFFEN ZUR DEMO findet am **Samstag, 20.10.** um 13 Uhr statt. Ort: Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin-W 61 (U-Bahn Mehringdamm)

► **Berlin: Demo »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland** - gegen das Feiern, gegen das Vergessen«! Das Koordinationsbüro »Demo 3.11.« c/o AStA TU, Marchstr. 6, 1 Berlin 10 Tel.: 030-314 256 83, Fax 030-312 1398 ist besetzt Mo-Fr 17-20 Uhr u. Mi 10-12 Uhr. Hier gibt's Infos, Flugis, Plakate... Meldet uns Demo-Busse!

Konferenzvorschlag

„Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland"

am 1. und 2.Dezember 1990

Vorabend (30.11.)

Podiumsveranstaltung:
„Die Linke und der Nationalismus — Warum wir nicht wählen"

Auseinandersetzungsveranstaltung verschiedener Nicht-Wahl-Begründungen mit verschiedenen Wahlbegründungen (Linksgrüne, LL/PDS).

Samstag, 1. Dezember

Plenum: Vorstellung der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen (Ganztägig, falls vormittags keine Demo stattfindet. Eventuell in zwei Blocks mit Wiederholung, so daß jedeR an 2 AGs teilnehmen kann; die AGs sind nach dem Prinzip aufgebaut, bisherige schlechte Praxen zu denunzieren und Elemente künftiger radikal linker Politik zu umreißen)

AG 1: Über nationalistische Ansätze in der Friedensbewegung und die Notwendigkeit eines neuen Antimilitarismus
* Kritik an der Friedensbewegung
* Das Versagen der „deutschen" Linken im Golfkrieg als Konsequenz aus (Links)nationalismus und Staatsanpassung
* Ist es noch richtig, „Raus aus der NATO" zu fordern?

AG 2: Zur neuen Aktualität des Anti-Faschismus
* Verkürzte Faschismusanalysen in der Linken (z.B. in Auseinandersetzung mit einer rein ökonomischen Herleitung des Holocaust)
* Totalitarismusthesen in der Linken: Stalinismus = Faschismus, Stasi = GestaPo
* Diskussion der Fülberth-Thesen
* Linker Antisemitismus
* Was macht den Faschismus aus? Neue Ansatzpunkte/Beispiele: Kampf gegen NeoEugenik und Antisemitismus

AG 3: Nationalismus und Antinationalismus in der Linken
* Der Nationalismus in der Geschichte der kommunistischen Bewegung bis hin zu Positionen der PDS.
* Der Nationalismus bei den Grünen
* Nationale Selbstbestimmung für Deutschland?

AG 4: Antirassismus oder Multikultur?
(in Trägerschaft linker ImmigrantInnen-Gruppen?)
* Kritik des Konzepts der „multikulturellen Gesellschaft"?
* Alter und neuer Rassismus in der ehemaligen DDR
* ImmigrantInnen und (west)deutsche Linke, Schwierigkeiten und Perspektiven der Zusammenarbeit
* Die Offensive der Rassisten im „einig Vaterland" auf der Straße und in den Köpfen, Gegenaktivitäten

AG 6: Eigenständige Klassenpolitik und/oder Nationalismus
* Warum entschuldigen Linke völkische/nationalistische Artikulationen sozialer Interessen?
* Der Nationalismus in der Arbeiterklasse und die Konsequenzen für eine eigenständige Klassenpolitik

AG 6: Internationalismus: Nationale oder soziale Befreiung?
* Die Debatte Lenin/Luxemburg um den Stellenwert des Nationalismus der unterdrückten Völker
* (weitere Aspekte wären in Zusammenarbeit mit Soli-Gruppen zu entwickeln.)

Sonntag, 2.Dezember

9.30-11.00: Plenumsveranstaltung: Berichte aus den Arbeitsgruppen

11.00-14.00: Plenumsveranstaltung/Abschluß:
Die Aufgaben der APO gegen Deutschland: Wie werden wir zum Sand im Getriebe?

Liebe Menschen,

ich schicke euch hier ein paar etwas konfuse Sachen zum Thema Wahlen. Zur Zeit wird gerade mal wieder groß gegen die Wahlen im Dezember mobilisiert (z.B. Schwarzer Faden Radikale Linke, u.s.w.), ohne daß mensch sich mal Gedanken macht, ob diese ewig gleichen Anti-Wahl-Kampagnen wirklich die einzige konsequenz sind, die wir aus unserer Ablehnung des Parlamentarismus ziehen können, oder ob nicht vielleicht mal grundsätzlich überlegt werden sollte, ob bestimmte Wahlergebnisse (welche wäre natürlich zu diskutieren) nicht auch für unsere Kämpfe von genügender Bedeutung sind, um doch mal sein Kreuzchen da zu machen, wo mit einiger Sicherheit gewisse Ergebnisse zu erwarten sind, die wir mittragen können, oder von denen wir profitieren können.
Was ich sagen will: laßt uns ein taktisches verhältnis zu Wahlen entwickeln.
Ich verstehe nicht, wie leute das ganze "Schweinesystem" als homogenen Block betrachten können - wer mal in Bayern auf 'ner Demo war, der lernt SPDAL-Deeskalationsprinzipien sehr schnell schätzen, denn sie lassen uns mehr Spielraum, sind weniger effektiv (1.5.89 z.B.). Mir ist auch eine regierung lieber, die aus Linksopportunismus Kulturprojekte z.B. fördert oder mehr LehrerInnen einstellt als Laurien es tat. Oder die behutsame Stadtsanierung betreibt statt Abriß und Neubaupolitik.
Natürlich ist "Behutsame Stadtsanierung" alternative Aufstandsbekämpfung. Na und? Wer hätte denn lieber konservative oder faschistische Aufstandsbekämpfung??? Ich setze mich lieber mit Sozialarbeitern als mit Bullen auseinander, und wenn mit Bullen dann mit welchen ohne Gummigeschosse!
Alle diese "Zugeständnisse", die eine linksparlamentarische Regierung machen müßte, sind doch Reaktionen auf druck von unten. Reformistische Politik ist - vom Standpunkt der Herrschenden her - eher defensiv. Sie zeigt, daß wir Erfolge errungen haben, kleine Schritte vorwärts im kampf um die Köpfe und herzen der Menschen. Und jeder dieser Schritte macht den nächsten leichter.
Natürlich können wir nicht erwarten, Imperialismus oder Patriarchat abwählen zu können. Hier ist die Parole "Wahlen verändern nix, sonst wären sie verboten" treffend. Im Detail ist sie es nicht. Solange wir das im hinterkopf behalten (und auch propagieren) könnten wir auch wählen gehen. Warum sollten wir auch darauf verzichten, nach <u>unseren</u> Kriterien die Fraktion der Herrschenden zu"wählen", die uns am genehmsten ist? Es kostet uns keine Karft (außer zur Selbstüberwindung ...), zumindest weniger als die leidigen Wahl-Boykott-Kampagnen, und kann uns auch kaum schaden, wenn wir keine Illusionen hegen.
Mit dem wahl-Boykott laßt uns dann weitermachen, wenn wir damit irgendwen außerhalb der Szene erreichen, o.K.? Und dann bitte nicht unter der Parole "Keine linke Stimme für Großdeutschland", denn <u>der</u> Spruch könnte auch glatt von den Rep's kommen!
Und weil ich so verworren daherquatsche zwei Texte, die ich kurz mißbrauchen will:
- "Militante perspektiven" aus INTERIM 94, S.4 siehe unten
- "Das Wahlspektakel 90" aus A'90-Kalender, Seiten zw. Okt. und Nov. im Ordner

Die sind besser als mein Brief und liegen bei.
In erwartung herber, aber hoffentlich inhaltlicher Kritik

ein wählender Systemoppositioneller

(...)
Bei aller Sympathie und persönlicher Genugtuung, die ich für Aktionen wie die Vertreibung der Nowakowskis, Härtigs und Trisolinis aus dem Paradies hege, ich halte sie -als gesellschaftliche Gruppe in Kreuzberg, (Einzelpersonen, z.B. explizite Denunziantenschweine würde ich da ausnehmen)- nicht für unsere wichtigsten Gegner. Sie sind wahlweise die postfordistischen Janusköpfe mit alternativem bzwh. Yuppiegesicht, (ich frage mich dabei auch, inwieweit "Autonome" nicht auch Resultat des Postfordismus sind) die ganz normale Sozialarbeit und ein bißchen persönliche Bereicherung betreiben. Das tun alle, die in dieser Gesellschaft mitmachen, aus Gründen der persönlichen Profitmaximierung. Was sie organsiert z.B. im Verein SO 36 machen, ist Sozialarbeit. Das tun auch PfarrerInnen, LehrerInnen, ÄrztInnen....Alle diese Einrichtungen, Schulen, MieterInnenberatungsstellen, Kirchen, Krankenhäuser stellen im sozialstaatlich ausgerichteten Metropolenkapitalismus objektiv "Agenturen des Schweinesystems" dar, deren vornehmliches Ziel es ist, möglichst viele Menschen in das System zu integrieren. Präventive Aufstandbekämpfung also. Dennoch steckt Ihr, liebe K-90er weder Schulen noch Kirchen noch Krankenhäuser an. Wir müßen diese Einrichtungen in ihrer Dialektik begreifen.
(...), Der Nutzen, den WIR aus diesen Einrichtungen ziehen, kann auch (muß nicht) gegen das System gedreht werden.

Den Hauptgegner sehe ich weniger in den Außenposten des Systems -Verein SO 36 anzugreifen ist an Punkten sicherlich legitim, genauso wie es legitim ist, Knastwärtern auf die Fresse zu hauen, revolutionär ist es aber nicht unbedingt- sondern mehr im Spekulantentum/Kapital/Imperialismus/Patriarchat.
Ich möchte deshalb einen Vorschlag machen: Kräfte bündeln an wenigen Punkten relativer politischer Stärke, dort Widersprüche vorantreiben, breiteres Bewußtsein zu schaffen mit der Perspektive Teilerfolge zu erringen. (...)

WIR FORDERN DEN VOLLSTÄNDIGEN ABDRUCK UNSERER ERKLÄRUNG ! WIR HABEN DAS VERDAMMTE RECHT DAZU, WEIL WIR UNS DIESE BODENLOSE SCHWEINEREI DES "STERN" NICHT GEFALLEN LASSEN WOLLEN UND AUCH NICHT KÖNNEN !

unser 'go-in' und 'bleib-drin bis ...' wollen wir ganz ruhig und freundlich gegenüber allen, die unter diesem miesen arbeitgeber arbeiten wollen und müssen, durchführen. wir wollen keine militante auseinandersetzung mit niemandem hier.

unser anliegen ist es, dieselben menschen, die die lügen und den
dreck über uns lesen mußten, auf diesem wege zu erreichen. damit alle die wahrheit und wirklichkeit über uns authentisch erfahren können.

für uns steht unser lebenszusammenhang auf dem spiel. und die hafenstrasse ist ein selbstbestimmter lebenszusammenhang von unten für unten. und einer gegen die bestimmung von dem lebensersatz hier in diesem land, von denen da oben. von denen, die in den chefetagen, aufsichtsräten, vorständen, bunkern und gerichten sitzen und in verlagen, banken, industrien, kasernen und abhörsicheren geheimdienstkellern hocken und darüber brüten, mit welchen mitteln und welcher gewalt sie uns niedermachen können. und zwar so, daß keine spur davon übrigbleibt, daß wir unser leben in den häusern am hafen, seit zehn jahren immer wieder, erkämpft haben.

anfangs haben wir uns nur widerwillig zusammengesetzt, um eine antwort zu finden auf die staatsschutzlügen. denn wir wollen nicht
reden unter druck und uns keinem erklärungsterror beugen. aber eine antwort ist lebensnotwendig, für uns, besonders aber für kalle und cora und wird mit recht erwartet von menschen, die sich seit jahren für den hafen einsetzen. und ein schweigen dazu überlässt dem bundeskriminalamt (bka) und der bundesanwaltschaft den raum, weiter an den lügen zu basteln - sie zur "tatsachen" zu machen, um dann zuschlagen zu können. sie brauchen dafür diese absurden konstruktionen, weil sich in denen kein mensch wiederfinden kann.

ausgangspunkt des ganzen lügengebildes ist die erlogene raf-mitgliedschaft von zweien von uns, kalle und cora, und von ute hladki und holger deilke aus detmold. ute und holger sind zu einem prozess wegen einer veranstaltung für die zusammenlegung der politischen gefangenen nicht hingegangen - ein mitangeklagter hat für die gleiche veranstaltung 1 1/2 jahre knaststrafe bekommen. die vier - kalle, cora, ute und holger - sollen zusammen in einer bauernkate in lasbek gewohnt haben.

cora sollte 1987 für eine reststrafe von 13 monaten erneut in den knast; obwohl sie gerne hiergeblieben wäre, war für sie das bestimmende, das sie nicht in den knast wollte. sie ging weg von hier, blieb aber im lande. kalle war bis kurz vor der verhaftung von ute und holger immer wieder auch bei uns. 'strafrechtlich relevante' fakten gegen die beiden sind da schlimmstenfalls: zwei motorräder mit geklauten oder gefälschten kennzeichen und die anmietung des hauses in lasbek unter verfälschten namen - das ist alles.
für den 15.5.9o ordnete die bundesanwaltschaft eine razzia gegen unsere häuser an. vorgebliches ziel: fahndung nach den angeblichen raf-mitgliedern karl-heinz gerum und corinna kammermeier, durchsuchung der wohnungen von elf angeblich nahen freunden, so zusammengestellt, daß sie in jedes unserer häuser rein können. busladungen voller spezialisten von bundes- und landeskriminalamt schnüffelten durch unsere häuser. zig hundertschaften polizei und bundesgrenzschutz mit wasserwerfern und anderem schweren gerät besetzten zehn stunden lang die ganze umgebung unter anwendung des notstandsgestzes zur einrichtung von kontrollstellen, beschlagnahmten sachen gleich lkw-weise.
vier monate später bringt der vom verfassungsschutz (vs) und/oder bka gefütterte ehemalige springer-polizeireporter osterkorn über den stern:
das bka hätte bei der razzia mordpläne gegen kohl und andere repräsentanten von staat und rüstungsindustrie gefunden: stadtpläne, in deren wohnorte, standorte für sprengfallen und fluchtrouten eingezeichnet wären. welche von uns hätten ziele ausgespäht, die die raf dann angreifen wolle.

der staat träumt vom endsieg. und so wird gleichzeitig die schraube gegen die politischen gefangenen angezogen: es wird alles zurückgedreht, was der hungerstreik 89 an verbesserungen der haftbedingungen für einen teil der gefangenen - lange nicht alle - gebracht hat; im bundestag wird wieder wie am 18.10. vor 13 jahren von kontaktsperre geredet - damals eine voraussetzung für die stammheimer morde. das informationsblatt der angehörigen der politischen gefangenen, in dem sie seit dem hungerstreik über die situation der gefangenen informieren, wird kriminalisiert.

heute sagt lochte (hamburger verfassungsschutzchef) selber, daß es im mai gar nicht ziel der razzia war, cora und kalle hier zu finden. ziel war, material abzuschleppen, um damit hinterher in ruhe "beweise" zu erstellen. so haben sie in bestimmten wohnungen funkgeräte, computer, autoradios, geld etc. mitgenommen, in anderen zimmern haben sie sich für das gleiche zeug überhaupt nicht interessiert. sie hatten von anfang an vor, gegen bestimmte leute was zu "finden". über einen tisch mit elektromaterialien, lötkolben usw., der bei einem von uns steht, sagten die konstrukteure des bka zum beispiel: "daraus bastel ich dir alles."
und genau **so** arbeitet der staatsschutz auch.
sie nehmen sich tatsachen, biegen sie um und setzen sie neu zusammen, so daß aus geschichten mit völlig anderer bedeutung am ende scheinbar schlüssig steht: ja, es gibt die raf in der hafenstrasse
so hat das bka aus einem regal mit einer stadtplansammlung die hälfte davon (ca. 5o stück) mitgenommen - **nur** in diesem einen zimmer haben sie sich überhaupt für stadtpläne interessiert, in anderen zimmern haben sie sie liegen lassen. die stadtpläne stammen aus aufgebrochenen autos. wir wissen nicht, wie die markierungen - wenn es sie überhaupt gibt - in die stadtpläne gekommen sind. sie können uns die autos selber vor die tür gestellt haben, weil sie wissen, daß hier autos aufgebrochen werden. die autobesitzer können da markierungen reingemalt haben oder der staatsschutz selber. wir wissen aber, daß bka und geheimdienste solche methoden drauf haben, siehe celler loch.

von uns hat jedenfalls niemand in den stadtplänen rumgemalt!!

diese methode, die der staatsschutz gegen uns anwendet, kennen wir schon lange, wenn auch nicht in der dimension wie heute: immer wenn es konkrete räumungsabsichten gibt, ziehen sie die raf-in-der-hafenstrasse-geschichten aus der tasche:

- 1985 - mit ihren unbewohnbarkeitserklärungen waren sie gerade gescheitert - nahm lochte sich die taz, um fünf von uns zu raf-mitgliedern zu erklären; zwei monate später kam der räumungsversuch vom 5.12.85.
- 1987 nahmen wir uns die schon geräumten wohnungen zurück. es zeichnete sich ab, daß der senat große probleme mit seiner erklärten räumungslinie bekommen würde. auch da tauchte lochte auf: eine aus unserer rathausdelegation bei dohnanyi wäre mitglied in der raf. sie hatte acht jahre zuvor mit anderen zusammen ein dpa-büro besetzt, weil sie auf die lebensbedrohliche situation von zwei politischen gefangenen aufmerksam machen wollte.

der staat hat uns schon lange - lange vor dem s er vertrag - für gescheitert erklärt. welche dreistigkeit, daß gerade **sie** uns für gescheitert erklären wollen! die geschichtsschreibung, dohnanyi hätte das wunder von hamburg vollbracht und der senat hätte uns mal eine chance gegeben, ist pure propaganda - den vertrag haben wir zusammen mit den vielen anderen menschen dem senat abgerungen, und spätestens seit voscheraus machtübernahme hat der senat nichts anderes gemacht als zu versuchen, den vertrag zu unterlaufen und uns loszuwerden. der mietrechtliche weg uns hier zu vertreiben geht ihnen zu langsam..was sie als rechtsstaatlichen weg behaupten ist vielleicht rechtsstaatlich, aber nicht legetim. sie machen sich ihre gesetze, wie sie sie brauchen und verkaufen das denn als rechtsstaat. lochte hat hamburger wirtschaftsbossen versprochen, daß ende des jahres das problem hafenstrasse aus der welt ist - mit oder ohne räumungsurteil.

alles, was hier ist, ist auf unserem mist gewachsen; wir leben hier seit inzwischen fast zehn jahren und wir haben hier jede menge dran gearbeitet, so gut wie alles hier selber gemacht. von den vom senat zugesagten sanierungsgeldern haben wir kaum eine mark gesehen. der senat hat die häuser zu spekulationszwecken verrotten lassen, von bullen mutwillig zerstören lassen und sogar mit polizeigewalt unsere arbeiten zu verhindern versucht. die häuser sind **unsere**, gegen den senat durchgesetzt, und **der** und seine hafenrand gmbh haben hier überhaupt nichts zu melden. wir sind ihnen keine rechenschaft schuldig. nicht denen, die bei 90.000 wohnungslosen in der stadt sich eine goldene kloschüssel für fast 100.000 dm in's rathaus bauen lassen. nicht denen, die ganze stadtteile umkrempeln - geld rein, arm raus.
wir mußten von anfang an immer wieder um unser leben hier kämpfen, unsere interessen gegen den räumungswillen des senats durchsetzen und wir merken erst recht in solchen situationen wie jetzt, wo die walze auf uns zurollt, daß wir was richtigem auf der spur sind:
natürlich leben wir hier auf keiner insel, haben mit problemen wie geldbeschaffung, alkohol, junk und allen möglichen schattierungen von konsum zu kämpfen. auch wenn wir mit allen unseren widersprüchen nicht immer konstruktiv umgehen und immer wieder gegen konkurren- ignoranz und scheißegal zu kämpfen haben - uns und and en gegenüber - wären wir nicht weit gekommen, wenn wir bei ab- und ausgrenzung stehen geblieben wären. wir gehen davon aus, daß wir unsere probleme und widersprüche selbst regeln können; auch wenn das langwierige und oft anstrengende auseinandersetzungen bedeutet.

uns geht es um die menschen, die möglichkeit für jede und jeden sich verändern zu können, und nicht um "störfaktoren" die zu beseitigen sind mit polizeihundertschaften, zwangsentzug, räumungsklagen, psychiatrie und knast.
es geht um ein leben ohne angst, schuld und strafe.

die langen auseinandersetzungen der letzten jahre schärfen natürlich unser gespür für und unsere verbundenheit mit anderen menschen und bewegungen, die ihre interessen in die eigene hand nehmen. und natürlich auch dafür, daß es jede menge menschen gibt, die genauso angeschissen sind wie wir und noch keine
erfahrungen gemacht haben, daß es auch was anderes geben kann.

spätestens 87, in den barrikadentagen, haben wir selbst an der solidarität so vieler menschen aus allen gesellschaftlichen bereichen erfahren, daß unsere sehnsucht nach einem anderen leben die von vielen ist. das bedürfnis, die eigenen lebensverhältnise selbst zu bestimmen, taucht überall auf, ungeachtet der von oben behaupteten sachzwänge - in den schulen, stadtteilen, universitäten, bei den gruppen, die etwas für die natur tun wollen, als altenbewegung "graue panther", in mieterkämpfen oder den kämpfen von arbeiterInnen im gesundheitsbereich.
noch unmißverständlicher ist das, was die ausgeplünderten der südlichen erdhälfte hierher treibt und treiben wird: hunger.

ein system wie dieses, daß die existenziellen bedürfnisse der menschen nicht befriedigen kann, hat keine zukunft, nur gewalt. es kann nur versuchen, uns, die menschen, als lebendigen widerspruch plattzuwalzen. weil jeder traum, jede vorstellung von 'wie anders leben' und jede erfahrung von 'wie sich damit durchsetzen können' zum zündenden funken werden kann.
gerade diese gesellschaftlichen entwicklungsmöglichkeiten will der staat blockieren.
dagegen werden wir uns stellen.
und darin liegt auch unsere möglichkeit, uns noch mal viel direkter mit all denen zu treffen, die im aufbruch sind.
denn unser kampf um unser leben hier ist auch kampf um den raum, gesellschaftliche prozesse für das leben aller offen zu halten.

deshalb machen wir uns jetzt zusammen genauer gedanken, wie wir die konstruktionen der staatsschutzbehörden aufdecken und brechen können,
weil aus uns - genau wie aus kalle und cora - etwas gemacht werden soll, was wir und sie nicht sind.
weil wir mit kalle und cora solidarisch sind
weil wir es zum kotzen finden und nicht tatenlos zusehen wollen. wie die beiden gejagt werden
und erst jetzt, weil wir diese ungeheuerlichkeiten erstmal begreifen müssen.
in unserem flugblatt nach der aktion der raf gegen herrhausen und nach der verhaftung von ute und holger haben wir noch gesagt, wir finden es immer richtig, sich dem knast zu entziehen. daß wir uns bisher so ungenau und oberflächlich auseinandergesetzt haben, wenn einzelne von uns in so einer existenziell bedrohlichen situation stecken, hat sicher einen teil dazu beigetragen, daß und wie die entscheidung, wegzugehen, von kalle und cora damals gelaufen ist.
die realitäten angesichts der knallharten bedingungen in diesem staat haben uns eingeholt: wir sehen keine möglichkeit sich der konfrontation zu entziehen und sich eine struktur aufzubauen, in die gesuchte flüchten und dann viel schärfer mit dem konfrontiert sind, wovor sie abgehauen sind - wir wollen nicht durch flucht und exil unser leben hier aufgeben.
die raf hat da klare worte gesagt und wir haben uns darüber gefreut, daß sie diesen brief geschrieben haben.

es ist die verantwortung aller - auch die von kalle und cora - sich so zu verhalten, daß wir zusammen die staatsschutzlügen und das dahinter vernichtungsinteresse vom tisch fegen können.
hafenstraße bleibt!
hafenstraße 16.10.90

"Kurdistan ist von der Weltöffentlichkeit abgeschottet"

VOLKSAUFSTAND IN KURDISTAN

Hüseyin Celebi, einer der Angeklagten im Düsseldorfer "Kurdenprozeß", kam am 6. Juli 90 anläßlich einer Informationsveranstaltung nach Erlangen. Er ging dabei auf die aktuellen Entwicklungen des Befreiungskampfes im türkischen Teil Kurdistans ein und schilderte, mit welchen Methoden das türkische Regime, BRD-NATO-Partner, gegen den Aufstand vorgeht. Wir veröffentlichen seinen Redebeitrag.

1988 war in der Entwicklung des Befreiungskampfes ein Schicksalsjahr; es wurde sogar vom türkischen Staat bzw. vom Amt für spezielle Kriegsführung, das mit dem Krieg in Kurdistan beauftragt ist, als Schicksalsjahr bezeichnet, in dem es darum ging, die Befreiungsbewegung Kurdistans, und hier speziell die PKK, die diesen Kampf führt, zu zerschlagen. Innerhalb von vier Jahren, seit Beginn des Befreiungskampfes, hat der bewaffnete Kampf eine gewisse Entwicklung erfahren, und er konnte nur noch aufgehalten werden durch Zerschlagung der Befreiungsbewegung, sonst wäre er nicht mehr aufzuhalten gewesen. Entsprechend startete der türkische Staat eine Offensive auf drei Ebenen:

Die erste Ebene war eine militärische Offensive im Jahr 1988, wobei die Guerilla in den Bergen eingekreist werden sollte, um ihr einen letzten Schlag zu versetzen. Es wurden auch einige militärische Vorbereitungen getroffen, um nach dem Muster des irakischen Regimes in Halabja zu verfahren (wo die KurdInnen mit Giftgas umgebracht und vertrieben wurden, Anm.d.S.In). Ein türkisches Nachrichtenmagazin deckte auf, daß es in der türkischen Armee geheime Befehle gibt, daß bei bestimmten Auseinandersetzungen zumindest begrenzt der Einsatz von chemischen Kampfstoffen möglich sein soll und geplant ist.

Die zweite Ebene ist der Versuch, durch Infiltration von Agenten die PKK von innen zu zerstören.

Die dritte Ebene ist die Bekämpfung des Aufstandes im Ausland. Hier wird der Versuch unternommen, eine wichtige Luftröhre des Befreiungskampfes abzuschneiden, indem es in der BRD diese Verhaftungswelle gegeben hat und der Prozeß geführt wird. Dabei hat die türkische Regierung eine zentrale und ganz praktische Rolle (z.B. bei der Zeugenbeschaffung) gespielt. In der BRD leben ca. 400000 Kurden, von denen ein beträchtlicher Anteil den Befreiungskampf und die PKK unterstützt. Von ihnen geht viel Unterstützung – materielle wie geistige – nach Kurdistan, und sie leisten viel Arbeit, was die Entlarvung der türkischen Kurdistanpolitik betrifft. Das stört die Türkei, und so hat sie 1988 versucht, die Unterstützung aus der BRD einzudämmen.

Die Operationen verliefen für die TR (Türkische Republik) mit begrenztem Erfolg, da zum einen die Verhaftungswelle der PKK schon schwer geschadet hat, und auch die Infiltration durch Agenten Schaden angerichtet hat, jedoch glückte die militärische Offensive nicht. Dies führte letztlich zum Scheitern der ganzen Offensive. Dem setzte die Befreiungsbewegung 1989 die Forcierung des Befreiungskampfes entgegen, wobei es ihr gelang, dieses Schicksalsjahr zu ihren Gunsten zu wenden. Sie konnte sich im Lande festsetzen, erhielt Massenunterstützung, und konnte dadurch ihren Bewegungsspielraum ausweiten. Dadurch gewann sie die Initiative im Kampf. Des weiteren konnte sich die Organisierung der Massen in den verschiedenen eigenständigen Organisationen fortentwickeln.

Insgesamt war 1989 ein sehr erfolgreiches Jahr der Entwicklung des Befreiungskampfes. Die Fronten haben sich geklärt, die Widersprüche haben sich verschärft, und so wurden die Grundlagen für die Bündnispolitik mit der revolutionären Bewegung der Türkei geschaffen.

Auf dieser Basis, steht auch das Jahr 1990, wobei es einen qualitativen Sprung gegeben hat als es im März und April dieses Jahres zum Volksaufstand gekommen ist, der 18 Provinzen und Kreisstädte Kurdistans umfaßte. Auslöser dafür war, daß die türkische Armee eine Beerdigungszeremonie für einen gefallenen Guerillero angegriffen hat. Nach dem Angriff richteten sich Proteste gegen die türkische Armee, und speziell gegen die Spezialeinheiten in den Städten, die '*Rambos*'. Im Laufe der nächsten Wochen hat sich dieser Protest zu einer kurdischen '*Intifada*' ausgeweitet, die sich jedoch von der palästinensischen Intifada unterscheidet. Die Formen sind der palästinensischen Intifada ähnlich: Demonstrationen, versuchte Provokationen der Sicherheitskräfte, worauf diese angreifen, die Demonstrationen lösen sich in kleine Gruppen auf, und sind dann für das Militär nicht mehr greifbar. Auch Großdemonstrationen sind vorgekommen. Insgesamt haben sich an den Protestaktionen mehr als 1,5 Mio Menschen beteiligt.

Der Volksaufstand hat die Entwicklung des Befreiungskampfes in den letzten beiden Jahren zur Grundlage. Insbesondere sind in den Städten Stadtteilkomitees, Volkskomitees, auf dem Land Dorfkomitees unter Beteiligung der dort ansässigen Bevölkerung aufgebaut worden. Der Aufstand wurde nach Aufrufen der Regionalleitungen der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans durchgeführt.

Die Unterschiede zur palästinensischen Intifada sind:

In Kurdistan führt die PKK einen Befreiungskampf nach der Strategie des langandauernden Volkskriegs, in dem die Hauptkampfform der Guerillakampf ist. In Kurdistan spielt also im Gegensatz zu Palästina die Guerilla die primäre Rolle, nur mit den Mitteln der Guerilla war es möglich, Stadtteilkomitees zu gründen, nur mit diesen Mitteln war es möglich zum Volksaufstand aufzurufen. Dies hängt mit den konkreten Bedingungen in Kurdistan zusammen. Der Volksaufstand in Kurdistan ist ein Teil der Strategie des langandauernden Volkskrieges und stellt die Unterstützung des Guerillakampfes dar; insbesondere durch die Organisation der Massen in den Städten. Das Ziel ist, die militärische Präsenz der türkischen Armee zurückzudrängen, um damit den Befreiungskampf zu unterstützen. Entsprechend kann der Volksaufstand von Zeit zu Zeit auch wieder abflauen und aufflammen. Wichtig ist, daß Guerilla und Bevölkerung ständig zum Volksaufstand in der Lage sind. Das zeigt sich an den vielfältigen Aktionen vom zivilen Ungehorsam, über Boykottaktionen (gegen die türkische Presse) bis zu militanteren Aktionsformen. Es gibt die ständige Bereitschaft und Vorbereitung, einen solchen Aufstand durchzuführen.

Der türkische Staat hat auf diesen Aufstand mit einem Dekret geant-

wortet: die Verfügung mit Gesetzeskraft Nummer 413. Die Kurden nennen es SS-Dekret, auf türkisch *sansür* und *sürgün*, was Zensur und Deportation heißt. Das Dekret kann auch als stiller Putsch bzw. als de facto-Kriegsrecht, das über Kurdistan verhängt wurde, verstanden werden. Wichtiger Bestandteil des Dekrets ist die Abschottung Kurdistans von der Weltöffentlichkeit durch das Verbot der Berichterstattung über die Entwicklung in diesem Gebiet. Das geschieht nicht, indem eine eigentliche Zensur der Nachrichten stattfindet, sondern indem die Druckereien, in denen Zeitungen gedruckt werden, geschlossen werden. Weiterhin finden Deportationen statt, bzw. sind auf zwei Ebenen in Planung: Einerseits als Massendeportationen ganzer Dörfer, wie es schon seit 6 Jahren in Kurdistan praktiziert wird. Diese Massen, die sich dann in den Städten ansiedeln, sind dann allerdings als Subproletariat in den Slums die Basis des Befreiungskampfes in den Städten geworden. Der Versuch, der Guerilla die Basis zu entziehen ist also umgeschlagen in den Kampf in den Städten.



Foto: WL-Archiv

Eine andere Art der Deporta-

tionen sind die Verbannungen: Auf Wunsch des »Supergouverneurs«, des Gouverneurs für die Gebiete im Ausnahmezustand, können alle Staatsbedienstete versetzt und auch verbannt werden, also auch Richter und Staatsanwälte, die nicht im Sinne des Regimes sind.

Anfangs, die ersten zwei Monate nach dem Aufstand, wurde das Dekret noch nicht richtig angewendet, aber seit Juni kommt es voll zur Anwendung. Verboten worden ist das Magazin *ikibin e Dogru*, das über den Befehl zum Giftgaseinsatz in Kurdistan Furore gemacht hat, und die größte türkische politische Wochenzeitung *halk gercegi*, kurz bevor sie über das Cevrimli Massaker der türkischen Armee berichten wollte. Auch die Verbannungen haben schon angefangen. Insgesamt sollen in den nächsten Wochen und Monaten 15000 Gemeindeangestellte verbannt werden.

In den Er-

gebnissen des Volksaufstandes haben sich Strategie und Taktik der PKK in weiten Teilen bestätigt:

Die Kämpfe auf dem Land sind ergänzt worden durch die politischen Kämpfe in den Städten.

Der Versuch des türkischen Staates, die Guerilla zu isolieren und einzukesseln, ist durchbrochen worden.

An dem Aufstand haben sich alle patriotischen Schichten der Bevölkerung beteiligt.

Auch Frauen haben sich im hohen Maß am Aufstand beteiligt, was in einer Gesellschaft wie der kurdischen sehr wichtig ist.

Es hat sich ein neues kurdisches Nationalbewußtsein entwickelt, in einem Land, das seit 70 Jahren nur Massaker, Deportation und Assimilation kennt.

Die Autorität des türkischen

Kolonialismus ist zusammengebrochen, einige Vertreter des türkischen Staates haben keinen Einfluß mehr in Kurdistan. In den türkischen Parteien kommt es zu Massenaustritten, Kreisorganisationen müssen geschlossen werden. Besonders davon betroffen ist die türkische Sozialdemokratie, die wegen ihrer chauvinistischen türkischen Politik den größten Teil ihrer Mitglieder in Kurdistan eingebüßt hat. Ein Mitglied dieser Partei, das als Mitglied einer Kommission zum Aufstand in Kurdistan war, hat in seinem Bericht an das Parlament die Situation in Kurdistan mit diesen sehr resignativen Worten ausgedrückt: *»Dort unten ist alles aus, 80% der Bevölkerung wollen die Unabhängigkeit, niemand denkt mehr an die Einheit des* (türkischen d.S.) *Staates, 80% unterstützen die PKK«*.

Die Anwendung des Dekrets

413 führte zwar zum Verbot der beiden unabhängigen Zeitungen, auch die Nachfolgezeitung *Yeni Halk Gercegi* ist mit Dekret Nr. 424 und Nr. 425 auf unbestimmte Zeit verboten worden, jedoch führt die Anwendung des Dekrets immer wieder zu einem Aufflackern der Aufstände. Am 15. August fanden in den Kreisstädten Dogubeyazit (50000 Einw.), Göle (30000 Einw.) und Pülümür (15000 Einw.) Generalstreiks und Massendemonstrationen statt, die das öffentliche Leben zum Erliegen brachten. Nach dem Volksaufstand im März/April zeigt sich, daß mit der staatlichen Offensive um das Dekret 413 keineswegs 'Frieden' einkehrt, sondern das kurdische Volk jederzeit den Kampf gegen den türkischen Faschismus aufnehmen kann.

Im folgenden veröffentlichen wir eine Erklärung der Europavertretung der Volksbefreiungsfront Kurdistans, ERNK, zur Golfkrise vom 15. August 1990:

Verstärken wir den gemeinsamen Widerstand der Völker gegen die neue imperialistische Okkupation und die reaktionären Kriege!

Mit der Okkupation Kuwaits durch das kolonialfaschistische Saddam-Regime hat im Mittleren Osten eine neue Phase begonnen. Über den Völkern der Region ziehen sich die Wolken des Krieges zusammen, die von den imperialistischen NATO-Staaten hereingetragen werden. Die Stationierung von zunehmend mehr Militärkräften der imperialistischen Staaten, v.a. der USA und Englands im Persischen Golf und Saudiarabien, der Alarmzustand der militärischen Kräfte des zionistischen Israels und der faschistischen Türkischen Republik, die Fortsetzung des Wirtschaftsembargos und der Blockade gegen den Irak und der Provokationen und Invasionsabsichten des Saddam-Regimes haben den Mittleren Osten an die Schwelle eines regionalen Krieges gebracht. (...) Die Völker der Region werden gegen ihren Willen dazu genötigt, in einem reaktionären Krieg Stellung zu beziehen, der nicht ihren Interessen entspricht. (...)

Die Verantwortlichen für die aktuelle Situation im Mittleren Osten sind die imperialistischen Staaten!

Die imperialistischen Staaten, die die Landkarte des Mittleren Ostens nach dem letzten Aufteilungskrieg von 1939 bis 1945 gezeichnet haben, haben mit den von ihnen gebildeten künstlichen Staaten v.a. die kurdische und arabische Gesellschaft gespalten. Während Kurdistan und Palästina einer extrem kolonialistischen Herrschaft unterstellt wurden, sind viele Völker unter die Kontrolle von Agentenregimen des Imperialismus gestellt worden. (...)

(...) Es sind die imperialistischen Staaten selbst, die den Irak durch die Lieferung chemischer Waffen in ein explosives Pulverfaß verwandelt haben. (...) Die imperialistischen Staaten treffen Vorbereitungen, um unter dem Vorwand der Bestrafung Saddams die Region von neuem zu besetzen und einen noch repressiveren Druck über die Völker der Region zu errichten. (...)

Die Kriegsvorbereitungen des faschistischen türkischen Staates dienen der Eroberung Kurdistans und der Zerschlagung des nationalen Unabhängigkeitskampfes.

Mit Erlaubnis seiner imperialistischen Herren bereitet sich der kolonialfaschistische türkische Staat, als trojanisches Pferd in der Region, mit aller Kraft auf den Krieg vor. Der türkische Staat, (...) der Beihilfe bei dem Massaker der faschistischen irakischen Diktatur gegen das kurdische Volk geleistet hat, geriet nach der Besetzung Kuwaits in Angst und Aufregung. Nachdem er sich allerdings mit den USA einigte, begann er mit kriegerischen Provokationen.

Der türkische Staat bereitet sich mit seiner Armee, seiner Regierung, seinem Parlament und seiner Presse auf den Krieg vor. Die Airbase von Incirlik ist voll von US-Kriegsflugzeugen. Die türkische Luftwaffe ist auf die Militärflughäfen von Diyarbakir und Batman verlegt worden. Militärberater aus den USA sind überall in Kurdistan stationiert worden. Die Einheiten der türkischen Armee in Kurdistan werden verstärkt. (...) Die faschistischen türkischen Generäle und Politiker sind schon jetzt im Siegesgeheul, als wenn sie Mossul und Kirkuk, die reichen Erdölgebiete, schon erobert und schon gesiegt hätten. (...)

In diesem Krieg hat der türkische Staat nur ein Ziel. Dieses Zeil ist, Süd-Kurdistan zu besetzen und den nationalen Unabhängigkeitskampf zu zerschlagen. Der türkische Staat möchte mit diesem Krieg seinen ewigen Traum verwirklichen, das Gebiet von Mossul und Kirkuk zu okkupieren, das er bis heute als Teil seines nationalen Gebietes betrachtet, und mit Hilfe des Krieges die nationalen und gesellschaftlichen Widersprüche zu ersticken und Kurdistan allein zu beherrschen.

Mit diesem Ziel hat der türkische Staat schon im April d.J. die Verfügung m. Gesetzeskraft Nr. 413 verkündet. Seit Juli ist die türkische Armee in Kurdistan in ständiger Operation. (...) Gegen Guerillagruppen werden chemische Waffen eingesetzt. Ganze Gruppen unschuldiger Bauern werden massakriert. Die Hälfte von Kurdistan ist zum Kriegsgebiet, zur verbotenen Zone erklärt worden. (...)

Die Interessen der Völker in der Region liegen im Widerstand gegen die imperialistische Okkupation und den reaktionären Krieg in der Solidarität der Völker und dem gemeinsamen Widerstand!

Die Völker in der Region sind zum ersten Mal in ihrer Geschichte einer derartigen, Gefahr und Zerstörung bringenden Kriegsgefahr ausgesetzt. In diesem Krieg ist der Platz der Völker der Region weder an der Seite der imperialistischen Besatzer noch an der Seite der Saddam-Diktatur.

Wir müssen als Völker der Region zeigen, daß wir die imperialistischen Besatzer, die uns nichts weiter als Zerstörung, Schmerz und Sklaverei bringen werden, nicht akzeptieren. (...)

Verweigern wir den Militärdienst in den kolonialistischen Armeen, desertieren wir, überzeugen wir unsere Kinder, Ehemänner und Brüder davon, von der kolonialistischen Armee zu desertieren. (...)

Der Weg, den die PKK aufzeigt, ist der Weg der Freiheit für die Völker des Mittleren Ostens. Laßt uns mit dem nationalen Widerstand, den wir auf diesem Weg leisten, zum Vorbild für die Völker der Region werden, veranlassen wir auch sie zum Widerstand.

Laßt uns als ein Volk unsere organisierten Kräfte stärken. Entwickeln wir unseren nationalen Befreiungskampf zum Aufstand für ein freies und unabhängiges Kurdistan und vereiteln wir so den imperialistisch-kolonialistischen Krieg!

Die Erklärung haben wir stark gekürzt aus dem Kurdistan-Report vom August '90 übernommen.



U.d.S.S.R.
Kaspisches Meer
ANKARA
TÜRKEI
Tabriz
TEHERAN
SYRIEN
Mittelmeer
DAMASKUS
IRAK
BAGHDAD
IRAN
JORDANIEN
SAUDI-ARABIEN
KUWAIT
Persischer Golf
Kurden
0 km 400

Der salvadorische Befreiungskampf für Frieden mit Gerechtigkeit und Demokratie braucht Unterstützung

Folgender Aufruf wurde uns von dem Pressebüro von Radio Venceremos in Köln mit der Bitte um Veröffentlichung übergeben. Radio Venceremos in Köln verbreitet kontinuierlich authentische Informationen über den Befreiungskampf und erhofft sich von diesem Aufruf, daß er ein Beitrag sein kann, die Diskussion und die Solidarität anzuregen. — (akg)

Aufruf an die internationale Solidarität

Die Situation in El Salvador ist sehr zugespitzt und verändert sich permanent. Unaufhaltsam arbeiten die FMLN, die Volksorganisationen und die Massenbewegung daran, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu wenden und konkrete Veränderungen zu erreichen.

Zur Übersicht:

Die politisch-militärische Offensive der FMLN im November 89 machte der salvadorianischen Regierung und bis in die USA unmißverständlich deutlich, daß die FMLN keineswegs in kleinen Gruppen versprengt im Land vor sich hinkämpft, sondern daß kein Weg mehr an ihr vorbeigeht. Die Kampfzonen des nunmehr 10 Jahre andauernden Krieges haben sich dadurch vom Land an die Großstädte verlagert, sozusagen an die zentralen Nerven der herrschenden Klasse. Die Kämpfe haben nach der Novemberoffensive nicht aufgehört. Sie laufen nicht in der Dimension einer Offensive, aber sie dauern im ganzen Land an. Anfang 1990 startete die FMLN zugleich eine politische Offensive, um mit Hilfe der Vermittlungstätigkeit der UNO eine neue Verhandlungsrunde mit der Regierung zu erreichen, die eine politische Lösung des Konfliktes näher bringt. Das Zusammenwirken der politischen und militärischen Komponente der Strategie der FMLN und der Druck der Massenbewegung zwang die salvadorianische Regierung letztendlich an den Verhandlungstisch.

Am 4. April 1990 kam es zu einem ersten Verhandlungstreffen in Genf unter der Schirmherrschaft von Perez de Cuellar, dem Generalsekretär der UNO. Für die FMLN ist die Tatsache, daß es unter Schirmherrschaft der UNO lief, ein großer Erfolg, weil damit vor den Vereinten Nationen die FMLN als legitime politisch-militärische Kraft anerkannt ist und ebenso die Notwendigkeit von Veränderungen in El Salvador. Zu einem konkreten Ergebnis führte dieses Treffen nicht. Aber das war auch nicht zu erwarten, nachdem sich auf allen bisherigen Dialogrunden die Regierung immer um konkrete Zusagen gewunden hatte. In Genf wurden erstmal nur Formalitäten festgelegt, wie der Verhandlungsprozeß laufen kann. Ein 6-Punkte-Plan wurde festgelegt, wonach Punkt



für Punkt verhandelt werden sollte, um den Friedensprozeß einzuleiten: 1. Reformen im Bereich Struktur der Armee, 2. Beachtung der Menschenrechte, 3. Wahlrecht, 4. Justiz, 5. Verfassung, 6. Wirtschafts- und Sozialpolitik. Des Weiteren sollten die Verhandlungen in zwei Phasen aufgeteilt werden. In der ersten sollte ein Waffenstillstand bis September erreicht werden, in der zweiten das endgültige Ende des Krieges.

Inzwischen gab es fünf Verhandlungsrunden. Mitte Mai in Caracas/Venezuala, Mitte Juni in Oaxtepeque/Mexiko, Ende Juli in San Jose/ Costa Rica, wo ebenfalls auch die Treffen Mitte August und Mitte September stattfanden.

Bisher gab es aber weder eine Einigung noch konkrete Vereinbarungen zu diesen grundlegenden Problemen, so daß in keinster Weise von Bedingungen gesprochen werden kann, die für September einen Waffenstillstand ermöglicht hätten.

Schon bei den Verhandlungen über den ersten Punkt gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Die Regierung betonte zwar die Notwendigkeit von Veränderungen durch politische Vereinbarungen, war aber ihrerseits zu keinen konkreten Schritten zur Umstrukturierung ihrer Armee bereit. Stattdessen forderte sie immer wieder die Waffenniederlegung von der FMLN, was unter diesen Bedingungen unmöglich war. Schon beim ersten Punkt scheiterten Übereinkünfte an der fehlenden Bereitschaft der Regierung.

In dieser Situation ließ die FMLN sich darauf ein, ohne konkrete Zusagen zum ersten Punkt, zum zweiten Punkt überzugehen. Einerseits rettete sie mit ihrer Kompromißbereitschaft die Fortführung der Verhandlungen, die sonst abgebrochen wären, andererseits konnte sich die Regierung dadurch aber um konkrete Schritte drumherummogeln. Die darauf folgende Verhandlungsrunde, die die Beachtung der Menschenrechte behandelte, hatte ein gemeinsames Abkommen als Ergebnis. Dieses Abkommen beinhaltet die Einrichtung einer Kommission durch die UNO zur Überwachung der Menschenrechte. In diesem Abkommen ist festgelegt, die Kommission erst nach einem Waffenstillstand einzurichten. Somit kommt es aktuell nicht zum Tragen. Die Verhandlungsdelegation der FMLN sowie die politischen Parteien fordern jetzt von der Cristiani-Regierung das Einverständnis, eine solche Kommission jetzt direkt einzurichten ohne einen Waffenstillstand als Vorbedingung.

Auch die weiteren Verhandlungsrunden blieben ohne konkrete Übereinkünfte bezüglich der entscheidenden Punkte, so daß es bis heute keine realen Schritte für eine Veränderung in den grundlegenden Bereichen gibt. Die Verhandlungen sind festgefahren. Die Regierung fordert ständig von der FMLN die Waffenniederlegung, was die FMLN aber nicht durchführen wird und kann, solange es keine garantierten Vereinbarungen gibt. Die FMLN will von sich aus die Verhandlungen nicht abbrechen. Die Tatsache, daß die Punkte Struktur der Armee, Beachtung der Menschenrechte etc auf dieser hohen Ebene unter Vermittlungstätigkeit der UNO auf der Tagesordnung stehen, ist von entscheidender Bedeutung. Ein Prozeß ist in Gang gesetzt, der neue Möglichkeiten eröffnet hat. Es gibt Treffen zwischen der FMLN und den politische Parteien der Opposition, wo sie gemeinsam an Vorschlägen für konkrete Veränderungen arbeiten. Dies alles sind Gründe, warum die FMLN an den Verhandlungen festhalten will, weil sie eine Errungenschaft ihres Kampfes und des salvadorianischen Volkes sind.

Das Problem ist aber, daß sich das nicht in konkreten Veränderungen in den grundlegenden Bereichen des Landes und der Bevölkerung niederschlägt. Und diese Situation schreit nach Veränderungen. 10 Jahre Krieg haben das Land völlig heruntergewirtschaftet und zerrüttet. Der größte Teil der Bevölkerung verarmt mehr und mehr. Heute ist El Salvador ein durch und durch militarisierter Staat und die

Repression durch Militär, Polizei und paramilitärische Verbände hält unvermindert an.

Die Situation muß zu einer Entscheidung kommen.

In den salvadorianischen Medien wird offen über eine weitere Offensive der FMLN diskutiert. Wenn man die Bevölkerung fragt, wie sich diese festgefahrene Situation lösen kann, dann äußern sie die Notwendigkeit für konkrete Veränderungen, und sie wissen sehr genau, daß die FMLN und der bewaffnete Kampf ein Garant für eine Entwicklung zu wirklicher Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit ist. Sie sagen auch, daß das Militär nur versteht, wenn es geschlagen wird, aber eine weitere Offensive wollen sie eigentlich nicht. Alle, einschließlich der FMLN, — außer Regierung und Armee — möchten eine militärische Lösung möglichst umgehen, weil das nur eine Eskalation des Krieges, ein Vielfaches an Repression und große Opfer, wenn wir da nur an November im letzten Jahr denken, bedeuten würde. Die FMLN macht aber auch unmißverständlich klar, daß der militärische und der politische (z. B. auf der Ebene der Verhandlungen) Kampf zwei voneinander untrennbare Komponenten ihrer Strategie sind. So sind die Verhandlungen unter Vermittlung der UNO nur durch den Druck der Offensive im November zustandegekommen. Jetzt sagt die FMLN, wenn es zu einer neuen Offensive kommt, wird sie stärker sein als die letzte.

Eine Entscheidung ohne die FMLN, egal in welcher Richtung, kann es jedenfalls nicht geben. Zur Zeit ist die Situation noch offen.

Von wichtiger Bedeutung für die weitere Entwicklung wird die Auseinandersetzung um die Bürgermeisterwahlen im März nächsten Jahres sein. Noch ist unklar, wie sich die Oppositionsparteien und die Christdemokraten verhalten werden, ob sie zusammen ein Bündnis gegen ARENA machen oder ob sie die Wahlen aufgrund der unmöglichen Bedingungen boykottieren.

Aber bis dahin wird noch jede Menge passieren, die Entwicklung ist sehr dynamisch.

Mitentscheidend ist auch die internationale Entwicklung. Nach den Veränderungen im Ostblock kann niemand mehr argumentieren, die Sicherheit der USA erfordere weitere militärische Unterstützung für die Regierung El Salvadors. Die Diskussion in den USA über eine Reduzierung der Hilfe ist Ergebnis dieser Entwicklung. Beigetragen zu diesem "Umdenkungsprozeß" in den USA hat zum einen die Erkenntnis, daß die Forderungen und Vorschläge der FMLN in den USA als teilweise akzeptabel und realisierbar beurteilt wurden. Zum anderen ist es aber vielmehr noch die Tatsache, daß die ursprünglichen Ziele des von den USA mit etlichen Milliarden finanzierten nunmehr 10-jährigen Aufstandbekämpfungskrieges gegen die FMLN und die Volksorganisationen nicht im Geringsten erreicht wurden.

Die Mehrheit der Gegner der FMLN und des Kampfes des salvadorianischen Volkes haben immer versucht, den Konflikt in El Salvador unter dem Gesichtspunkt der Ost-West-Konfrontation zu analysieren, obwohl die Geschichte und die Realität längst bewiesen haben, daß er tiefe interne Ursachen hat. Paradoxerweise ist mit dem Fall der Berliner Mauer die Ernüchterung gekommen, aber nicht für die FMLN, sondern für ihre Gegner. Jetzt kann man mit aller Klarheit sehen, daß der Kampf der Salvadorianer nicht an externe Faktoren, sprich Abhängigkeit, gebunden ist. Im selben Moment, indem die UDSSR ihre schlimmste politische, ökonomische und soziale Krise ihrer Geschichte durchmacht, zittern die Regierung und die Militärs in El Salvador panisch vor der Möglichkeit einer neuen Guerilla-Offensive. Und es wird alle Offensiven geben, die notwendig sind, um die Demokratie zu verwirklichen.

Jeder kann sagen, das einzige, was die FMLN bisher gesagt hat, ist das NEIN zum Militarismus, zur sozialen Ungerechtigkeit und zur Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen, aber daß unklar ist, wofür sie JA sagt, wie eine konkrete Veränderung der Gesellschaft aussehen soll.

Die Antwort auf diese Frage findet sich ganz deutlich in der Erklärung der FMLN an die Nation. All die Jahre hat die FMLN nicht nur ein mächtiges Guerillaheer, nicht nur eine mächtige politische Struktur aufgebaut, sondern auch ein politisches Projekt für die Zukunft. Dieses Projekt ist in der Erklärung an die Nation enthalten. Wir denken, daß diese Erklärung an die Nation nichts aufgezwungenes ist, da diese, und da sind wir uns sicher, die Erwartungen der Mehrheit der Sektoren der salvadorianischen Gesellschaft zusammenfaßt.

Die neue geopolitische Weltlage steht in Wechselwirkung mit der internen Situation El Salvadors. Die salvadorianische Revolution ist reich an Erfahrungen, in ihr finden sich alle bedeutenden Komponenten, politisch, militärisch, ökonomisch, sozial, ... national wie international.

Gerade weil die internationale Entwicklung eine so große Rolle spielt, ist die internationale Solidarität und Öffentlichkeit von großer Bedeutung. Daher ruft Radio Venceremos auf zur politischen und materiellen Unterstützung der FMLN und des salvadorianischen Volkes im Kampf für Frieden mit wirklicher Demokratie und sozialer Gerechtigkeit.

Kollektiv Radio Venceremos Köln
Scharnhorststr. 6, 5000 Köln 60,
☎0221/765852, Fax: 0221/765889,
Konto: Karl J. Müller Postgiroamt Köln
BLZ: 370 100 50 Kto.-Nr.: 412302-501



Compa von Radio Venceremos

Dessie Ellis im Hungerstreik in Irland

Seit dem 10.10. 1990 befindet sich Dessie Ellis, irisch-republikanischer Gefangener im unbefristeten Hungerstreik gegen seine Auslieferung von Südirland nach England. Er ist der erste irisch-republikanische Gefangene, der sich seit dem großen Hungerstreik 1981, als zehn Gefangene starben, wieder im Hungerstreik befindet.
Dessie, Gefangener in Portlaoise/ Südirland, ist entschlossen seinen Streik solange zu führen, bis seine Forderung erfüllt ist, wenn notwendig bis zu seinem Tode. Für Dessie ist ein Hungerstreik das allerletzte Mittel gegen seine Auslieferung zu kämpfen.
In Britannien erwartet Dessie ein Prozeß aufgrund einer Anklage wegen angeblicher "Verschwörung", was unmöglich zu widerlegen ist. Britannien ist nicht zuletzt durch sein rassistisches Justizsystem bekannt. Dessie will keinen Prozeß in einem Land, das zum Beispiel die "Birmingham Six" nach offenen Fehlurteilen seit über 16 Jahren festhält.
Dessie wird sowohl von seinen Angehörigen, als auch von Sinn Fein und einem Komitee gegen Auslieferung in Dublin unterstützt. Am Samstag den 13. 10. fand bereits in Dublin die erste große Demonstration mit 2000 Leuten statt und täglich gibt es neue Solidaritätsaktionen sowohl im Süden als auch im Norosten Irlands.
Wir hier in der BRD sehen die drohende Auslieferung als weiteren Schritt hin zur Vereinheitlichung der Repression in Westeuropa.
Augrund massiver Proteste wurde das irische Auslieferungsgesetz erst 1987 ratifiziert, obwohl die BRD bereits 1977 das "Europäische übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus" in den Europarat eingebracht hat. Mit diesem übereinkommen sollte hauptsächlich der Auslieferungsschutz bei politisch motivierten Taten beseitigt werden..

Außerdem sehen wir Dessies Kampf gegen seine Auslieferung im Zusammenhang mit anderen drohenden Auslieferungen von BasKinnen oder von irischen gefangenen Frauen und Männern in Frankreich und Belgien in die BRD
und auch von unseren Freunden und Genossen Gerry Hanratty und Gerry Mc Geough in den Nordosten Irlands und die USA.
Wenn wir Dessies Auslieferung nicht zusammen mit den Menschen in Irland verhindern können, werden auch die Auslieferungen unserer irischen Genossen hier in der BRD weitaus einfacher.

Wie der spanische Hungerstreik hat auch der irische klare Auswirkungen auf die Situation aller anderen politischen Gefangenen in den Knästen West-Europas.

Stop extradition ! Keine Auslieferung!



House - to - house search of Falls on July 4th, 1970

Wir die Irland-Solidaritäts-Gruppen aus BRD und DDR rufen dazu auf am 15. November den Iren-Prozeß in Düsseldorf/ Tannenstarße massenhaft zu besuchen.
Voraussichtlich wird an diesem Tag ein Bulle aus dem Norden Irlands (RUC) als Zeuge aussagen. Zu diesem Anlaß wollen wir die BRD-Justiz, den britischen Imperialismus und den Widerstand dagegen thematisieren und gemeinsam und entschlossen unserer Wut Ausdruck verleihen.
Vorbereitungstreffen aller interessierten Leute am:

Montag den 12. November 1990
im Blauen Salon oder Ex-Kneipe
Mehringhof/Gneisenaustr. 2a

An diesem Tag werden wir auch über den neuesten Stand des Hungerstreiks berichten.

Unterstützt den Hungerstreik in Südirland, werdet aktiv.
Schreibt Protestbriefe.
Denn wir hier in der BRD könnten den notwendigen Druck schaffen Dessies Auslieferung von Südirland nach England zu verhindern.
No extradition ! Don't let him die !

Musterbrief:

Hiermit fordern wir Sie auf den irischen Gefangenen Dessie Ellis nicht nach England auszuliefern. Die englische Justiz ist nicht zuletzt durch ihre exklatanten Fehlurteile bei den "Winchester Three", "Birmingham Six" und "Guildford Four" bekannt geworden. Die südirische Regierung darf einen irischen Gefangenen nicht an das britische Besatzerregime ausliefern. Die irische Regierung wird es unter den Augen einer internationalen Öffentlichkeit zu verantworten haben, wenn ein irischer Gefangener sterben muß.

Schreibt an:
Irische Botschaft, Godesberger Allee 119, 53 Bonn
German Embassy, 37 Trimleston Avenue, Dublin- Booterstown, South of Ireland
An Taoiseach, Charles J. Haughey and the Minister for Justice, Ray Burke T.D. at Dail Eireann, Leinster House, Dublin 2

IRA-Interview vom 28. 6. 90

Im Juni, direkt nach dem Angriff auf den Carlton Club in London, der für die Herrschenden in England ein Schock war und sie tief beunruhigte, führte die An Phoblacht/Republican News ein Interview mit einem/r SprecherIn der IRA. Die AP/RN ist eine von Sinn Féin herausgegebene Zeitung. Sinn Féin ist die republikanische Partei ganz Irlands, die mit dem bewaffneten Befreiungskampf der IRA solidarisch ist.

Republikanisch und nationalistisch nennt sich die Bewegung, die für die Befreiung Irlands kämpft, selbst. Ihr Ziel ist eine vereinigte, von jeder fremden Herrschaft befreite Republik. Aus der Geschichte von jahrhundertelanger englischer Besatzung ihrer Insel, mit der ihre Kultur und ihre nationale Identität ausgelöscht werden sollte und durch die sie zum Auswandern gebracht oder zu TagelöhnerInnen auf ihrem eigenen Boden gemacht wurden, aus dieser Geschichte raus ist ein nationaler Befreiungskampf nicht aggressiv nationalistisch.

Das Interview liest sich, besonders am Anfang, etwas schwer. Das liegt zum Teil an unserer nicht vorhandenen Erfahrung mit dem Übersetzen, teilweise aber auch an der Art zu reden. Zwei Sätze mußten wir weglassen, weil sie keinen Sinn ergaben, z. B. fehlte uns auch das Hintergrundwissen, um die benutzten Bilder zu kapieren. Das in der Übersetzung auch immer die weibliche Form eines Begriffes auftaucht war unser Anspruch, Im Original ist das nicht unbedingt wiederzufinden. Die Auflistung der IRA Angriffe am Ende des Interviews schien uns wichtig, um das im Interview Gesagte greifbar zu machen. Die IRA hat mit den letzten Aktionen ihre Stärke bewiesen, mit der sie die Briten zu einer Lösung zwingen wird, und das wird der Abzug ihrer Armee und die Aufgabe ihres Systems der Apartheid in den six counties sein.

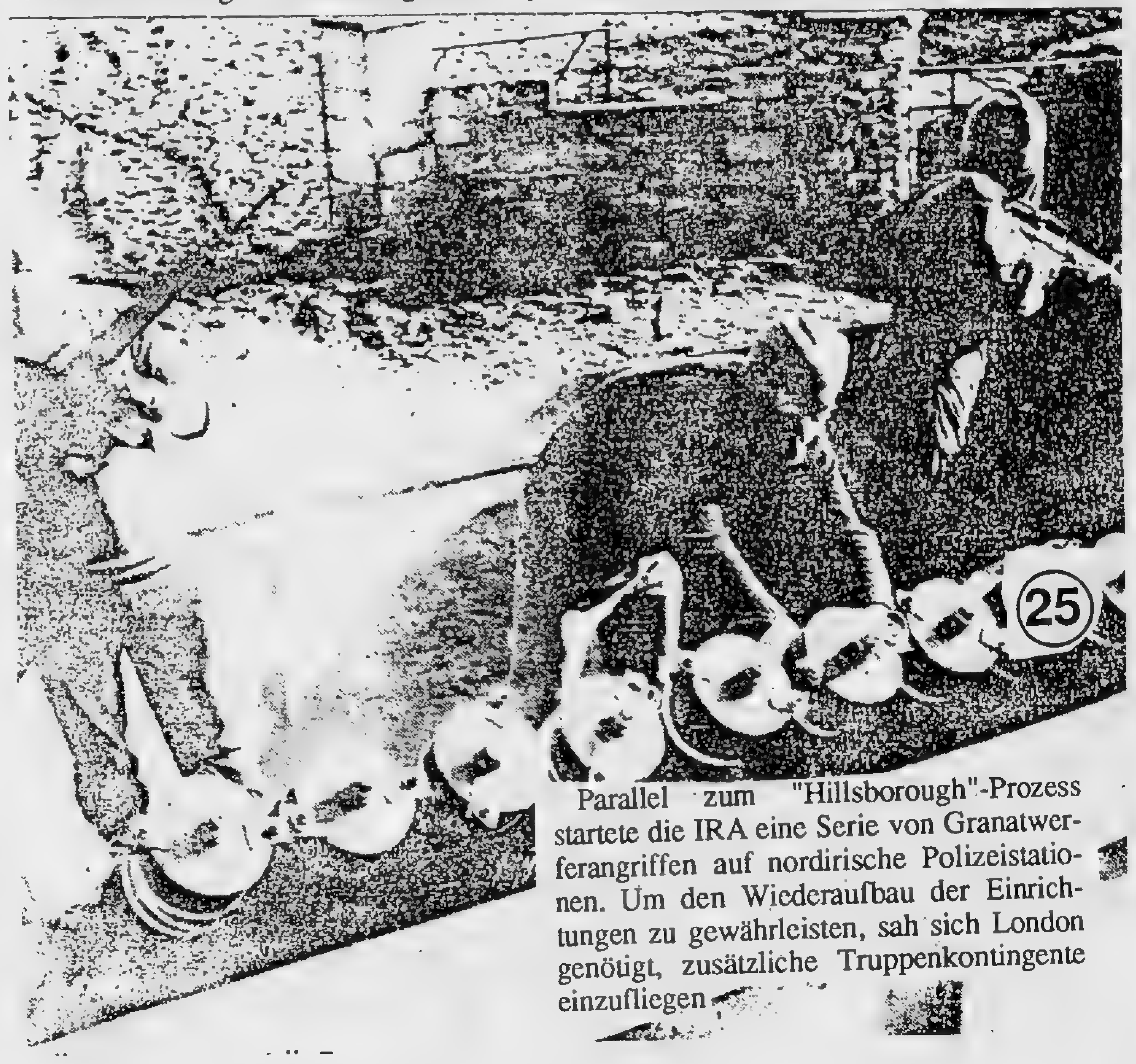
A PEOPLE'S ARMY CAN'T BE BEATEN

Am 5. September 90 wurde diese RUC Kaserne in Loughgall durch einen Bombenangriff der Tyronebrigade der IRA völlig zerstört. Bei einem Versuch im Jahr 1987, dieselbe Kaserne anzugreifen, geriet ein 8-köpfiges IRAKommando in einen vorbereiteten Hinterhalt der Armee. Die 8 beteiligten Volunteers und ein Zivilist wurden von der SAS hingerichtet

AP/RN: Wie ist deine Einschätzung der derzeitigen britischen Strategie in Irland?

IRA : Unserer Meinung nach hat sich ihre Strategie im Lauf des letzten Jahres verändert;und zwar von der stereotypen Behauptung" Wir werden die IRA besiegen" hin zu dem Versuch, die Moral unserer Bevölkerung zu untergraben. Brooke'hat zugegeben, daß die Briten nicht in der Lage sind, die IRA zu besiegen. Das ist deshalb von so großer Bedeutung, weil es so noch keindirekt zuständiger brit. Politiker gesagt hat. Na ja, wichtig ist, seine Begründung dafür zu bewerten. Seine Erklärung gab er mit offensichtlicher Unterstützung Thatchers und des brit. Kriegsministeriums ab. Wenn die Briten die IRA nicht mit ihrer Riesenarmee und ihren unbegrenzten finanziellen Möglichkeiten schlagen können, was ist dann ihre Strategie? Wir denken, ihre gegenwärtige Politik ist, mit der Wirkung von Begriffen wie "Ausweglosigkeit", "Hoffnungslosigkeit" und "Wirkungslosigkeit" zu operieren. Was sie sagen, ist: "Seht, dieser Erieg kann noch 20 Jahre so weitergehen und wir (die Briten) sind in der Lage, hierzubleiben, einige Verluste wegzustecken und eine Menge RepublikanerInnen in den Knast zu stecken - nichts wird sich ändern, also was solls?" Sie haben ihre Strategie ganz klar geändert, indem sie, statt zu behaupten "Wir werden euch besiegen", jetzt sagen "Ihr könnt nicht hoffen zu gewinnen". Im Zusammenhang damit haben sie die Truppen, die sie in die Kämpfe schicken, gewechselt. Ihre Politik der 'Ulsterisierung', die bei zahlreichen Gelegenheiten unterbroc henund blockiert worden ist, bleibt ein zentrales Element ihrer Politik. Zusammengefaßt Die Fronttruppen aus dem RUC und dem UDR führen Englands Krieg mit Rückendeckung regulärer brit. Armeeeinheiten:was wiederum bedeutet, daß in England mit der rassistischen Haltung "Es sind ja bloß 'paddies', die getötet werden", die Entwicklung einer Massenbewegung für den Abzug der Armee verhindert wird. Hinzu kommt, daß bei jeder Meinungsumfrage der letzten 20 Jahre eine Mehrheit der engl. Bevölkerung den Truppenabzug befürwortet hat was - aus brit. Sicht - Forderung nach dem

Abzug nicht laut werden zu lassen, zu keiner unwichtigen Aufgabe für sie geworden ist. Diese Strategie erstreckt sich offenkundig auf die politische Ebene. Mit der Unterzeichnung des 'Hillsborough Abkommens (das der nationalistischen Bevölkerung auch nicht den kleinsten Vorteil gebracht hat) wurden der 'SDLP'und den politischen Parteien in den 26 counties von den Engländern die häßliche Aufgabe überlassen, die brit. Politik in Irland zu unterstützen und die Teilung zu zementieren. Das wird am deutlichsten in der An-



Parallel zum "Hillsborough"-Prozess startete die IRA eine Serie von Granatwerferangriffen auf nordirische Polizeistationen. Um den Wiederaufbau der Einrichtungen zu gewährleisten, sah sich London genötigt, zusätzliche Truppenkontingente einzufliegen

'Brooke'-Nordirlandminister der Regierung Thatcher

'Ulsterisierung - Die Briten versuchen die Tatsache ihrer Besatzung und Kontrolle des Nordens zu verschleiern, indem sie den Krieg in den six counties, für den sie hauptverantwortlich sind, als einen sektiererischen (Religions-)Konflikt bezeichnen. Indem sie die Terrorisierung und militärische Überwachung der Bevölkerung jetzt hauptsächlich von der Polizei RUC und der Armee UDR ausführen lassen, bringen die Briten diese nordirischen Kräfte bewußt in die Schußlinie. Werden diese dadurch Opfer eines IRA Angriffes, bestätigt das dann die Behauptung eines sektiererischen Krieges, in dem die Briten dann angeblich nur noch Vermittler sind.

'paddies'_ Rassistischer Begriff für IrInnen. Der Hintergrund dieses Sc zes ist, daß in der engl. Öffentlichkeit irische Opfer einfach nicht interessieren. Eine Auseinandersetzung mit der brit. Besatzungspolitik???????

sicht John Hume s , der sagt, daß die Briten in dem Konflikt jetzt neutral und so was wie ein Vermittler, der die Fäden in der Hand hält, sind, während sie darauf warten, daß UnionistInnen und NationalistInnen ihre"Streitigkeiten" lösen.

AP/RN: Du beziehst dich auf Äußerungen von Peter Brooke. Was ist deine Einschätzung von dem, was Brooke mit seiner "'100 days-Rede"', die die Medien als Ermutigung zur Abkehr vom bewaffneten Kampf interpretieren, da sie den vagen Hinweis auf eine Beteiligung von Sinn Féin bei der Suche nach einer Lösung enthält, und was er mit der gegenwärtigen Gesprächsrunde erreichen will?

IRA: Wie ich schon gesagt habe, eine der brit. Absichten ist es, die Moral unserer KämpferInnen zu untergraben und unser Volk zu demoralisieren. Das ist der negative Aspekt ihrer Strategie, aber für die Briten ist es wichtig, auch positiv gesehen zu werden und eine Strategie, die als eine Bewegung nach vorne oder als eine Lösung erscheint, anbieten zu können; andernfalls sind sie in der selben Position, "nirgend wohin zu kommen und nichts zu erreichen. "Weil die Briten keine wirkliche Lösung (den Abzug ihrer Armee) haben, müssen sie mit der Politik fortfahren, die sie schon immer verfolgt haben- eine Politik der Lügen und der Illusion. Mit der gegenwärtigen Runde der Gespräche über mögliche Gespräche erweckt Brooke die Vorstellung politischer Flexibilität und Bewegung. Wenn wir die Nebelschwaden vertreiben, die die gegenwärtigen Gespräche umgeben, erkennen wir nur ihr uraltes Spiel politischer Irreführung. Nachdem wir 5 Jahre Hillsborough erleben mußten, wo die SDLP und die Dubliner Regierung versprachen, daß das Abkommen die Aktivitäten der brit. Streitkräfte verändern, daß Knast- und Gerichtssystem reformieren und daß es "'das Orangistengeschwür wegschneiden"' würde - das alles erwies sich einzig und allein als die Einbildung von Hillsborough.

Die Briten haben bei zahlreichen Gelegenheiten versichert, daß sie zu den Abkommen von Hillsborough und Maryfield stehen, aber jetzt, so scheint es, sind sie geneigt, sie in die Schwebe zu bringen - was ist denn jetzt vom das "Orangistengeschwür wegschneiden" noch übrig? Dublin schwor, daß es immer ein Mitspracherecht haben würde, jetzt sieht es so aus, als würde es die Verbannung an die Seitenlinie akzeptieren, während andere weiterreden. Die SDLP behauptet, daß die aktuelle Entwicklung mit ihrer Politik im Einklang ist, und das, obwohl sie vorher noch öffentlich erklärt hatten, Maryfield sei unentbehrlich und die Beteiligung Dublins wäre die einzige Garantie für die nationalistischen Interessen. Die unionistischen Parteien behaupten, Brooke hätte ihnen Zugeständnisse gemacht von der Art, daß Dublin keine Rolle mehr spielen werde, daß Maryfield ausgesetzt wird und die Regierungsgespräche zwischen Dublin und London gestopt würden. Alle Seiten scheinen zufrieden zu sein und behaupten von sich, einen Fortschritt erzielt zu haben. Die Briten bestimmen die Tagesordnung. Sie haben bei diesen Pseudogesprächen nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen. Sie werden als diejenigen angesehen,

> **London: Keine Hoffnung auf neue Nordirland-Gespräche**
>
> **London (dpa/AFP) – Die Hoffnungen der britischen Regierung auf baldige offizielle Gespräche zwischen den politischen Parteien in Nordirland über die Zukunft der britischen Provinz sind nach Darstellung von Nordirland-Minister Peter Brooke zunächst enttäuscht worden. Vor dem Unterhaus in London sagte er, er hoffe auf Gespräche, könne aber keinen Zeitpunkt angeben. Sein Zögern hängt nach Ansicht von Beobachtern mit der Forderung der irischen Regierung zusammen, an den Beratungen beteiligt zu werden. London will erreichen, daß sich Katholiken und Protestanten zunächst über die Entwicklung Nordirlands einigen. Brooke verhandelt dazu seit sieben Monaten mit führenden Politikern in Belfast.**
>
> Südd.Zeitung 07.07.90

die versuchen, eine politische Lösung zu erreichen. Wenn die Gespräche abgebrochen werden oder an dem Versuch scheitern, eine von allen getragene Übereinkunft zu erzielen, wird den lokalen (nordirischen) Beteiligten die Schuld daran gegeben. In dem ganzen Prozeß geht es darum, die Illusion zu erwecken, daß die Briten eine politische Entwicklung initiiert hätten. Während all das andauert, sind die Briten tatsächlich ohne Gesichtsverlust aus den Schwierigkeiten heraus und können der wichtigsten Frage für eine Lösung ihrer Beteiligung am irischen Konflikt aus dem Weg gehen.

AP/RN: Zurück zu der Frage der Untergrabung der Moral der RepublikanerInnen. In wie weit würdest du Teile der Medien an so einer Strategie beteiligt sehen?

IRA: Es ist schwierig, da genaue Zahlen zu nennen, aber klar ist, die Briten haben ein hochentwickeltes und aufwendig finanziertes Netzwerk von Nachrichtenagenturen und Publikationsorganen, besonders auch auf internationaler Ebene. Ihre Methoden, Falschinformationen zu streuen und zu verbreiten, sind seit langem bekannt. Wenn man/frau bedenkt, daß sie allein in 'den USA Hunderte von Millionen Dollars' ausgeben, um ihre Version der Ereignisse unter die Leute zu bringen, dann kannst du das Ausmaß ihrer Operationen und die Bedeutung, die sie dem beimessen, richtig einschätzen. Es ist für viele Jahre Teil ihrer Arbeitsweise gewesen, verschiedene JournalistInnen mit Geschichten zu versorgen, wenn sie vorhatten, eine Idee oder Lüge in Umlauf zu bringen, einzelne Menschen anzugreifen, Uneinigkeit zu säen, den Boden für eine beabsichtigte repressivere Gesetzgebung zu bereiten oder einfach, um ihre GegnerInnen zu verwirren. Zensur ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für sie, der verhindert, daß eine glaubwürdige Entgegnung auf die brit. Linie gehört werden kann. Außerdem ist bekannt, daß viele brit. Journalist Innen ganz einfach faul sind. Eine Untersuchung von Ihnen in den six counties bedeutet oft nur, daß sie einige Wochen im Europa Hotel (in Belfast) verbringen und die offiziellen (Presse-) Verlautbarungen des RUC und der brit. Armee, ohne Nachfragen oder Kommentar, einfach nur wiederkäuen.

AP/RN: Die jüngsten Spekulationen der Medien scheinen sich auf eine angebliche Auseinandersetzung in der republ. Bewegung über die Möglichkeit eines Waffenstillstandes konzentriert zu haben. Ist an diesen Berichten irgendwas dran, und kannst du dir eine Situation vorstellen, in der sich die IRA zu einem Waffenstillstand bereiterklären würde?

IRA: Die IRA befindet sich in einer militärischen Auseinandersetzung mit der brit. Armee und Regierung, als Antwort darauf, daß sie die six counties wie eine Kolonie mit militärischen Mitteln besetzt halten. Wir leben in einem besetzten Land. Die Briten sind die Hauptprotagonisten und sie sind es immer gewesen. Wenn die

'Hillsborough-Abkommen'- Anglo_Irisches Abkommen von 1985, mit dem die Rep. Irland ein Mitspracherecht bei polit. hngelegenheiten des Nordens und die katholische Minderheit Verbesserungen erhalten sollte. In Wirklichkeit aber ging es der brit. Regierung um eine stärkere Einbindung der Republik in die Bekämpfung der IRA und der republikanischen Bewegung. So sind Ergebnisse des Abkommens z. B.: die Republik liefert Gefangene jetzt an den Norden oder nach England aus, ihre Armee beteiligt sich an der Überwachung der inneririschen Grenze, die brit. Armee darf jetzt bei militärischen Operationen in das Gebiet der Republik vordringen und dort z. B. Hausdurchsuchungen durchführen.

'SDLP'- katholische sozialdemokratische Partei im Norden

JohnHume - Führer der SDLPP

'100 days-Rede - in dieser Rede erklärte Brooke, daß Sinn Féin, wenn sie sich vom bewaffneten Kampf und der IRA lossagen würde, an den derzeitigen Gesprächen teilnehmen könnte, wobeier auf einen "gesprächsbereiten Flügel" schielte, über den zu der Zeit ziemlich massiv in den Medien spekuliert wurde aufgrund angeblicher Differenzen in der republik. Bewegung.

nirgendwohin. . '- gerade mit diesen Begriffen operieren die Briten ja im Moment, um die Menschen z. B. demoralisieren.

Orangisten - vor 300 Jahren gewann der niederländische König die entscheidende Schlacht um die Königskrone Irlands. Auf seiner Seite kämpften die ProtestantInnen. Der Jahrestag dieses Sieges wird jährlich von ihnen geleiert, wobei es in den letzten 300 Jahren zu zahllosen Angriffen auf die katholischen Wohnviertel gekommen ist.

Briten öffentlich ihre Absicht erklären würden, sich in einem fest umrissenen Zeitraum aus unserem Land zurückzuziehen, dann, und nur dann, wäre die Idee eines Waffenstillstandes nachdenkenswert.

Die IRA hat immer eindeutig erklärt, daß sie bereit ist, jederzeit mit den Briten zu reden, wenn diese die aufrichtige Bereitschaft zeigen, Frieden und Demokratie in Irland herbeiführen zu wollen. Wir fordern das Grundrecht jeder Nation auf nationale Selbstbestimmung. Die Verweigerung dieses Rechts mit Waffengewalt wird immer zum bewaffneten Kampf für die Erlangung dieses Rechts Anlaß geben und ihn legitimieren.

Um deine Frage ganz klar zu beantworten: an dem, worüber die Medien spekulieren - eine Auseinandersetzung innerhalb der IRA oder zwischen der IRA und anderen Organisationen über einen Waffenstillstand - ist nichts dran. Zu der Frage der Diskussion unter RepublikanerInnen - ja, es gibt eine Auseinandersetzung auf kontinuierlicher Basis, aber darin geht es um die beste Taktik, den Kampf zu führen und ihn zum Sieg zu bringen.

AP/RN: Weiter gibt es in den Medien das Gerücht, 'Gerry Adams' hätte eine Reihe von treffen mit der IRA gehabt, und daß er die republikanischen `Tauben' repräsentieren würde, die mit der Kriegsführung der IRA Probleme haben. Da ist außerdem die Frage nach Gerry Adams öffentlichen Stellungnahmen, die äußerst kritisch gegenüber einigen IRA-Angriffen gewesen sind. Kannst du diese Punkte klären?

IRA: Solche Spekulationen und Behauptungen sind lächerlich. Es sind schon so viele Falken und Tauben" ' losgelassen worden, daß es beinahe ein Wunder ist, daß wir uns vor lauter Vogelabstürzen überhaupt noch auf die Straße wagen können. Sinn Féin hat bei zahlreichen Gelegenheiten festgestellt, daß ihre Haltung die einer kritischen Unterstützung des Rechts des irischen Volkes ist, den bewaffneten Kampf gegen die brit. Besatzung zu führen. Wir begrüßen diese Unterstützung von unseren GenossInnen bei Sinn Féin und von jeder/m antiimperialistischen Gruppe oder Einzelner/m. Wir fordern nicht, daß die, die das Recht, sich für den-bewaffneten Kampf zu entscheiden, unterstützen, jede IRA-Aktion unterstützen müssen.

Es ist im Interesse der ganzen Bewegung und Gemeinschaft, daß Angriffe der IRA allein das Ziel haben, die Entschlossenheit der Briten, in Irland zu bleiben, zu attakkieren. Als Gerry Adams kürzlich sagte, daß der Tod zweier Australier unentschuldbar und unverantwortlich wäre, akzeptierte die IRA diese Kritik, die von einem Genossen kam, nicht nur, sondern pflichtete dieser Kritik völlig bei. Seine Stellungnahme war willkommen und notwendig. Dieses ist im Gegensatz zu den Anstrengungen der Medien, keine Frage von "Falken und Tauben". Ganz einfach: der Tod von unschuldigen Zivilisten ist unannehmbar. Er ist für sich tragisch und fördert nicht unseren Kampf oder bringt den Tag des Sieges näher. Die IRA bleibt entschlossen, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um solche Todesfälle zu vermeiden. Wenn die IRA Fehler gemacht hat, haben wir sie eingestanden und diese Fehler und das sich da raus ergebende Leid auf richtig bedauert. Obwohl wir nicht versuchen, solche Fehler oder unsere Verantwortung für sie kleiner zu machen, ist es dennoch wichtig, die Aufmerksamkeit auch auf den Punkt zu richten, daß wir jetzt endlich einmal eine einzige Entschuldigung oder Äußerung von Gewissensbissen seitens der Briten für den bloody sunday, für ihre "shoot to kill-Politik", all die Morde durch Plastikgeschoße, die Folter in 'Castlereagh' oder anderes aus ihrer langen Reihe von grausamen Gewalttaten zu hören kriegen sollten.

AP/RN: Die Herrschenden und die Medien in England haben behauptet, daß die Kampagnen der IRA in England und auf dem europäischen Kontinent Beweis für ihren "Erfolg" sind, die IRA zu kontrollieren und ihre Fähigkeit, in den six counties Angriffe durchzuführen, zu verringern, und das die Kampagne (in Europa) ein Ausweichen der IRA hin zu "leichten Zielen" signalisiert. Was antwortest du auf diese Vermutungen?

IRA: Die Briten würden in der Tat das Betätigungsfeld der IRA sehr gerne auf ein bestimmt es Gebiet und spezielle Ziele eingrenzen. Es ist eine klassische counter insurgency Taktik, die, wenn die IRA dumm genug wäre, darauf reinzufallen, es den Briten erlauben würde, all ihre Kräfte auf einige wenige Gebiete innerhalb der six counties zu konzentrieren.

Die Wahrheit ist, daß "der Beweis" nur die Tatsache zeigt, daß es die Streitkräfte der Krone selbst sind, die in den six counties sehr stark kontrolliert und in ihrer Bewegungsfreiheit gestört worden sind. Sie sind die am schwersten bewaffnete Streitkraft in Westeuropa. Ihr Militärapparat umfaßt die brit. Armee, das RUC und die RUC-Reserve sowie die UDR Voll- und Teilzeitregimenter zusammen mit ihren beträchtlichen undercover- Einheiten. Mach dich mal auf den Weg rund um Derry oder Belfast - sie sind ohne Unterbrechung dabei, die Befestigungen ihrer Kasernen zu verstärken, unterirdische Bunker zu bauen, ihren Fahrzeugen eine extra gepanzerte Außenhülle hinzuzufügen, neue, größere Schutzmauern gegen Explosionen zu bauen und die Straßen um ihre Basen abzusperren. Wenn sie aus ihren Festungen herauskommen, dann ist es, um die Gegend mit massiven Kontrollen und ihren gepanzerten Wagen zu überschwemmen. Das RUC sitzt geschützt in seinen Jeeps und Panzerwagen und wagt sich selten heraus. Sie haben Angst , an Ampeln und Straßenkreuzungen zu halten. In ländlichen Gegenden wie South Armagh und großen Teilen von Fermanagh und Tyrone waren sie jahrelang nicht in der Lage, die Straße zu benutzen, so gar noch, nachdem sie ihre orwell'schen Wachttürme entlang der Grenze gebaut haben.

Seitdem ihre Hubschrauber abgeschossen werden, kommen sie jetzt in Wellen von 5 oder 6 gleichzeitig. So i st jetzt der Charakter ihrer Patrouillen. Zu einer Zeit, in der sich der Rest von Europa der Demilitarisierung seiner Grenzen rühmt, steigern die Briten die Militarisierung der Teilung ihres letzten schändlichen Außen postens. So sieht es sehr danach aus, als ob die Briten sich über die Kontrolle der IRA selbst nicht sonderlich sicher sind.

Vor kurzem erst haben sie wieder auf die Politik der frühen 70er Jahre zurückgegriffen, indem sie alle möglichen Schritte unternahmen, erfolgreiche Angriffe (der IRA) zu verschweigen. Erst kürzlich haben sie in Cappagh, Belfast, in Tyrone und in Fermanagh Schaden an ihren Fahrzeugen und Verletzungen oder den Tod von Mitgliedern ihrer Streitkräfte offensichtlich geleugnet, obwohl es durch Augenzeugen bestätigt wurde. Der Sinn dieser Dementi und Lügen, für die sie die unterwürfigen Medien benutzen, um ihre Linie ohne Widerspruch durchzudrücken, liegt darin, uns und unser Volk zu überzeugen, daß wir nichts erreichen können. Noch wichtiger ist, daß diese Lügen zeigen, daß den Briten sehr wohl bewußt ist, wie verheerend sich solch geglückten Angriffe auf die gesamte militärische Moral auswirken und die politische Entscheidung, diesen kostspieligen Krieg fortzusetzen, in Frage stellen. Also verbergen sie die Kosten.

Die einfachen Antwort auf-den Teil der Frage nach Europa und England ist, daß es notwendig ist, und besonders in einem

'USA. . . '- Die republ. Bewegung in Irland wird von den im Ausland lebenden IrInnen außerordentlich stark unterstützt. Die ca. 2 1/2 Mio in den USA lebenden IrInnen bilden dort eine wichtige nationale community mit entsprechend starker Lobby bei den US-PolitikerInnen. Daher macht es Sinn, daß die engl. Regierung dermaßen viel Kohle in die US-Medien pumpt, um den irischen Befreiungskampf

'Gerry Adams'_ Präsident von Sinn Féin

'Falken und Tauben - Spekulation der Medien auf angebliche Differenzen zwischen einem verhandlungsbereiten und einem am Kampf festhaltenden Flügel der republ. Bewegung, ein Versuch, zu spalten.

'bloody sunday'- am 30 Januar 1972 feuert die brit. Armee in eine Demonstration. 13 Menschen werden ermordet, viele schwer verwundet.

'Castlereagh'- Verhörzentrum in Belfast. Alle Festgenommenen werden erst hierhin gebracht und können bis zu 7 Tage ohne Anklageerhebung festgehalten werden. Castlereagh ist bekannt dafür, daß Gefan gene während der Verhöre gefoltert werden.

Guerillakrieg, den Feind auf einem Boden zu bekämpfen, den du wechselst: den Feind zu überraschen, ihm keine Ruhe zu gönnen, ihn kontinuierlich unter Druck zu setzen und ihn, in der Tat, zu treffen, wo es ihn schmerzt, vorzugsweise am zentralen Nervensystem. Ein entsprechendes Beispiel dafür ist der Angriff auf den Carlton Club in London - das Zentrum, wo die Mächtigen sich erholen, das Zentrum der Elite der herrschenden Klasse, ein Ort außerhalb Downing Streets an dem die politischen Macher sich treffen.

Die IRA weitet ihre Aktionen auf den europ. Kontinent und England aus einer Reihe von Gründen aus. Der wichtigste ist, den Feind an so vielen Fronten wie möglich zu treffen und seine Nerven und Reserven anzugreifen. Ein anderer Grund ist, daß England das "Herz der Bestie" ist, und das ist, wo es sie am meisten schmerzt.

Die Mächtigen in Westminster sind durch nichts zu bewegen, außer durch politischen Druck ihrer Basis oder durch direkten Druck auf sie selbst. Wir sagten


Die Reste eines von der IRA abgeschossenen Hubschraubers werden aus South Armagh abtransportiert.

nach dem Bombenangriff in Brighton 1984, bei dem Thatcher dem Tod gerade noch entkam: Heute hatten wir kein Glück, aber bedenkt, wir müssen nur einmal Glück haben, ihr müßt immer Glück haben." Die Explosion im Carlton Club und der Angriff auf das Haus von Lord Mc Alpine unterstreicht nur noch einmal, wie viel Glück sie immer haben müssen.

Ein weiterer Aspekt unserer Kampagne in Europa und England ist, daß es ihnen und ihren Soldaten, den Instrumenten ihrer Unterdrückung, nicht erlaubt sein kann, während die jeden Teil unseres Landes besetzt halten, sich auszuruhen und zu erholen. Britische Soldaten kommen für kurze Einsätze in unser Land. Sie treten unsere Türen ein, zerstören unsere Wohnungen und Häuser, nehmen unsere Menschen fest, terrorisieren unsere Gemeinschaften und erschießen Männer, Frauen und Kinder mit Blei und Plastikkugeln. Und dann, so denken sie, können sie zurück in die BRD oder England oder sonstwohin gehen und sich erholen, während andere Regimenter diesen Terror fortsetzen. Sie können es nicht! Genausowenig wie ihre politischen Auftraggeber.

AP/RN: Du hast gerade die Notwendigkeit erwähnt, an so vielen Fronten wie möglich zuzuschlagen. So eine Taktik ist ja die Bombenkampagne gegen die grenzüberquerende Eisenbahnlinie gewesen. Diese Kampagne hat sehr viel Kritik provoziert. Kannst du für die Öffentlichkeit erklären, warum ihr diese Taktik verfolgt und ob es eure Absicht ist, die Bahnverbindung stillzulegen?

IRA: Zuerst die Antwort auf den zweiten Teil deiner Frage: es ist nicht unsere Absicht die Eisenbahnlinie zwischen Belfast und Dublin stillzulegen. Zum anderen, ich bin immer wieder darüber erstaunt, wie viele Attacken Medien und PolitikerInnen wegen dieser Kampagne gegen die IRA geführt haben und dabei die 20-jährige brit. Politik der planmäßigen Zerstörung der Grenzstraßen, die für die GrenzbewohnerInnen so viel Mühsal bedeuten, gänzlich verschweigen. PolitikerInnen der 26 counties und Sprecher der SDLP sitzen zu Gericht , um die IRA für ihre Bombenkampagne gegen die Bahnlinie heftig zu verurteilen, während sie zur selben Zeit die Streitkräfte der 26 counties beauftragen, die brit. Truppen bei der Zerstörung irischer Straßen zu schützen. Der Grund für die Unterbrechung des Bahnverkehrs ist es, die brit. Streitkräfte aus dem Schutz ihrer Festungen herauszulocken. Es bindet eine große Zahl von Truppen und von Sprengstoffexperten. Außerdem untergräbt es die Autorität der Briten, indem es sie als unfähig bloßstellt, zumindest "die Züge am laufen zu halten". Wichtiger ist jedoch, daß es (das Herauslocken) mehr Möglichkeiten für Angriffe auf Mitglieder der Streitkräfte eröffnet. Wie auch immer, es ist eine von vielen Taktiken, die wir verwenden, und die wir zu unserem Vorteil auch weiterhin gebrauchen werden .

AP/RN: Beweise über die 'Praxis' der Briten, die Todesschwadrone mit Material unterstützt zu haben, haben zugenommen. Wie beurteilst du das und was ist womöglich die Antwort der IRA auf so eine Kampagne?

IRA: Todesschwadrone sind immer ein Merkmal eines counter insurgency Krieges. Auch wenn diese Todesschwadrone nicht offiziell unterstützt worden sind, hat die Regierung, durch ihre Geheimdienste, immer einiges an Kontrolle oder Einfluß auf deren Aktivitäten gehabt.

Ich glaube, ich brauche die Beweise für die Existenz von Todesschwadronen nicht zu wiederholen. Es genügt zu sagen, daß die Briten schon allein dadurch, daß sie Informationen an LoyalistInnen weitergeben oder sich aktiv an Operationen der Todesschwadrone beteiligen, an einer Mordkampagne beteiligt sind, die zwei Ziele verfolgt - politische GegnerInnen zu eleminieren, oder andere, die sie als Bedrohung ansehen, wie zuletzt bei dem Mordanschlag auf das Sinn Féin Mitglied Sean Keenan, und als zweites die breite nationalistische Gemeinschaft zu terrorisieren, was sich an der Zahl von mehr als 800 NationalistInnen zeigt , die seit 1969 von Todesschwadronen ermordet worden sind.

Die Antwort der IRA auf diese Kampagne ist es, wann immer dies möglich ist, diejenigen, die direkt an der Anstiftung und Ausübung dieser Morde beteiligt sind, anzugreifen, doch dabei immer die Tatsache im Auge zu behalten, daß es ein elementares Interesse der Briten ist, den Krieg hier als einen sektiererischen darzustellen. Wir haben nicht die Absicht, uns in eine sinnlose sektiererische Auseinandersetzung hineinziehen zu lassen.

AP/RN: Obwohl du sagst, daß die IRA sich nicht im Krieg mit der protest. Community befindet, würden viele aus dieser Gemeinschaft genau das Gegenteil behaupten. Welche Sicherheit kannst du den protest. Menschen geben und was für eine Rolle werden sie aus deiner Sicht in dem "neuen" Irland spielen?

IRA: Ersteinmal, es ist völliger Blödsinn, die IRA zu beschuldigen, sie befände sich im Krieg mit den protest. Menschen. Wir stehen zu der Proklamation von 1916 und den Prinzipien 'Wolfe Tones , indem wir für die Freiheit und Demokratie aller Menschen in Irland kämpfen, d. h. KatholikInnen, ProtestantInnen, Menschen aller Religionen und die ohne Religion. Wir sind uns unserer Geschichte und der protest. Wurzeln von Tone und vieler 'united irishmen' bewußt, und überall in der Bewegung zählen wir ProtestantInnen in unseren Reihen.

Wir leisten Widerstand gegen jede Unterdrückung, egal wen sie betrifft. Entgegen der brit. Propaganda führen wir einen Krieg für die nationale Befreiung und keinen religiösen. Wir sind an der Religion, der Hautfarbe oder dem Glaubensbekenntnis unseres Gegenübers vollkommen desinteressiert. Wenn diese Faktoren jedoch Instrumente der Unterdrückung sind, dann müssen wir sie im Kampf berücksichtigen. Ich wiederhole aufrichtig unsere

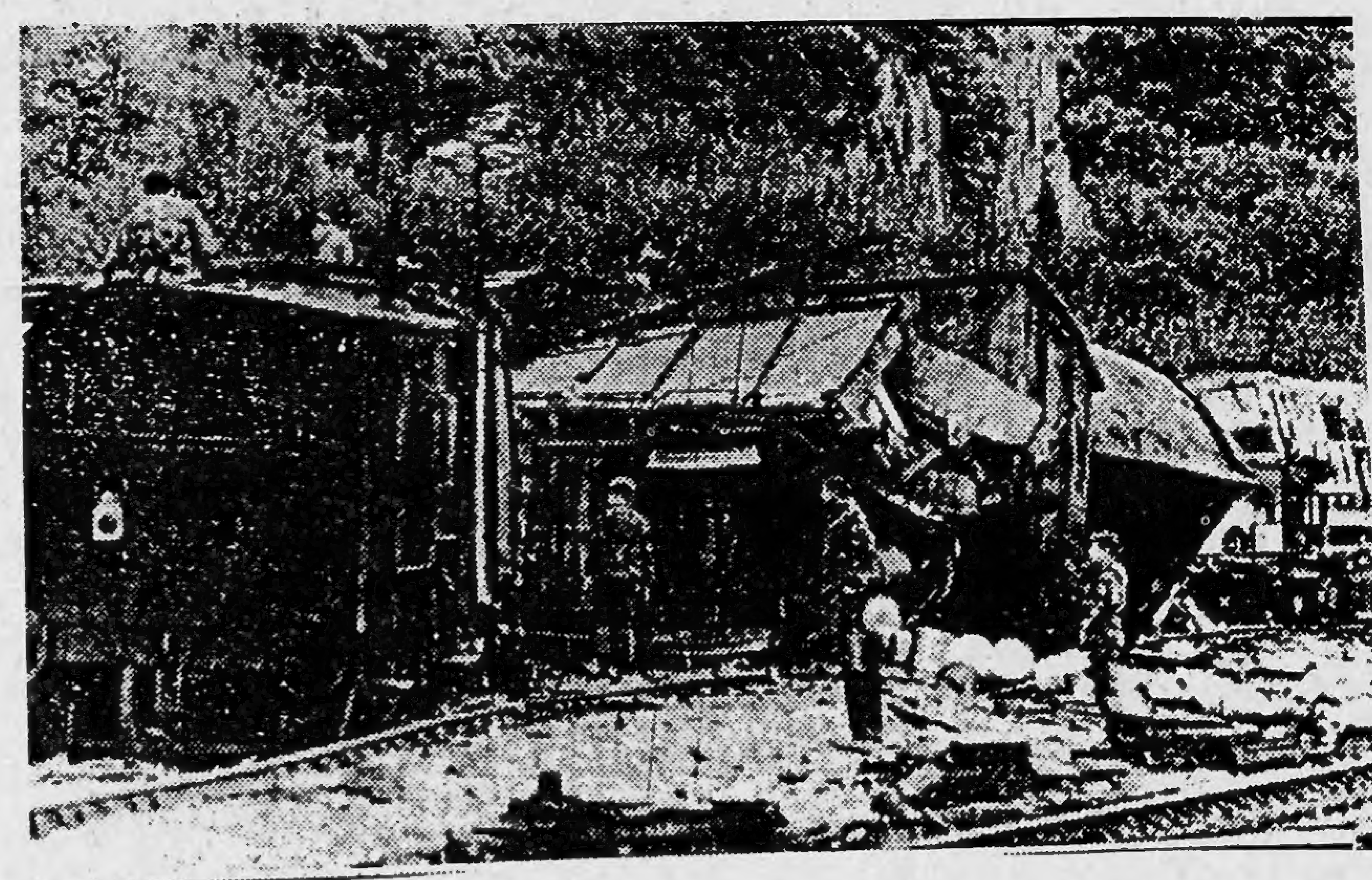
Für ihre Praxis, Akten und anderes über RepublikanerInnen gesammeltes Material direkt an die Todesschwadrone der UFF/UDA weiterzugeben, gibt es mittler weile Beweise für über 300 Fälle. Ein Beispiel für direkte Beteiligung des engl. Geheimdienstes an Operationen der rodesschwadrone ist das Vlassaker eines einzelnen auf dem Milltownrriedhof bei der Beerdigung der 3 in Gibraltar hingerichteten Volunteers, das im Aultrag;.und unter Überwachung von Geheimdienstbullen stattfand. Das %ie] war die Liquidierung des Sinn Féin Präsidiums.

Wolfe Tone'- kämpfte als Protestant auf seiten der republikanischen Bewegung gegen die Engländer

früheren Aufrufe an alle UnionistInnen und LoyalistInnen, die Ideologie des Kolonialismus aufzugeben. Was für ein begrenztes Privileg es für loyalistische ArbeiterInnen auch gibt, es wird zu Lasten der nationalistischen ArbeiterInnen erreicht. Sie müssen begreifen, daß England sie, wenn es ihm paßt, wie eine heiße Kartoffel fallen lassen wird. Die six counties sind die Müllhalde der brit. Regierung. In einer ökonomischen Krise sind sie es, die zuerst unter ihr leiden und sich zuletzt davon erholen, wenn überhaupt. Die unionistische/loyalistische Bevölkerung hat keine wirkliche Macht, erst dann, wenn sie sich mit dem Rest des irischen Volkes verbindet. An diesem Punkt von Einheit werden wir, die Menschen dieser Insel, unser eigenes Schicksal und die Demokratie formen, frei von jeder äußeren Beeinflussung.

AP/RN: 21 Jahre bewaffneter Kampf; wird die IRA die Moral und die Stärke aufrechterhalten können, um den Krieg fortzuführen?

IRA: Wir behalten unsere Moral und Stärke nicht allein bei, sondern die Verpflichtung und Hingabe unserer KämpferInnen hat sich vertieft. Die/der Freiwillige von heute hat ein viel stärkeres politisches Bewußtsein als jemals zuvor. Zudem haben unsere "älteren" Volunteers, die jetzt in den 30ern und frühen 40ern sind, die Erfahrung von 20 Jahren hinter sich. Die Widerstandskraft und die Hingabe unserer KämpferInnen erstaunt mich immer wieder. Viele von ihnen haben lange geiten von Gefangenschaft und oft auch Folter erlitten, Beziehungen zu anderen Menschen haben gelitten oder sind zerbrochen, meist leben sie an der Grenze zur Armut, ihnen ist gemeinsam, FreundInnen oder Verwandte durch die Hände der Briten oder der Loyalisten verloren zu haben, und jetzt sind sie fest in ihrer Absicht zu siegen. Die Rekrutierung neuer Volunteers ist nie ein Problem gewesen. Es ist tatsächlich eine Aufgabe für unsere Rekrutierungsoffiziere, aus den vielen, die in die



IRA wollen, auswählen zu müssen. Viele sind aus den unterschiedlichsten Gründen zurückgewiesen worden. Wir haben es in der Tat nicht nötig, sie suchen zu gehen; Menschen aus allen Lebensbereichen kommen zu unserer Organisation.

Ich will die Gelegenheit dieses Interviews einmal benutzen. um hervorzuheben, wie sehr unsere Volunteers und ihre Familien geachtet werden. Sie hätten sich so einfach für ein anderes, ein "normales Leben" entscheiden können, aber ihre Hingabe und ihr Bewußtsein, für die Zukunft Frieden und Demokratie erkämpfen zu wollen, hat sie zu einem Leben mit so viel Härte geführt. Sie sind das Salz der Erde. Volunteers kommen aus der Community und sie sind Teil dieser Gemeinschaft; unser Leiden ist kein anderes als das Leid der nationalistischen Community, und wir sind stolz, daß wir zu diesen nationalistischen Menschen gehören, kämpfenden Menschen.

AP/RN: Was sind die nächsten Schritte der IRA und könnt ihr die Bewaffnung und die Unterstützung beibehalten, um diese Absichten durchzusetzen?

IRA: Das ist natürlich immer eine Frage, die nicht vollständig beantwortet werden kann. Dieses Interview werden nicht nur unsere UnterstützerInnen lesen, so daß wir nicht - und ich bin sicher, daß die Menschen der republikanischen Bewegung das verstehen werden - auf spezielle Taktiken oder Absichten für die Zukunft eingehen können.

Aber wir können sagen, daß unsere Absicht die Infragestellung der brit. Absicht ist, in unserem Land zu bleiben, und wir haben die Stärke, das auch zu erreichen. Wir werden die Briten an so vielen Fronten, wie es logistisch zu jeder Zeit möglich ist, bekämpfen. Etwa, was fundamental für alle antikolonialen Befreiungskämpfe ist: es ist unser Land und des halb werden WIR es nicht verlassen. Die Briten haben, wenn sie den Krieg fortsetzen, alles zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen.

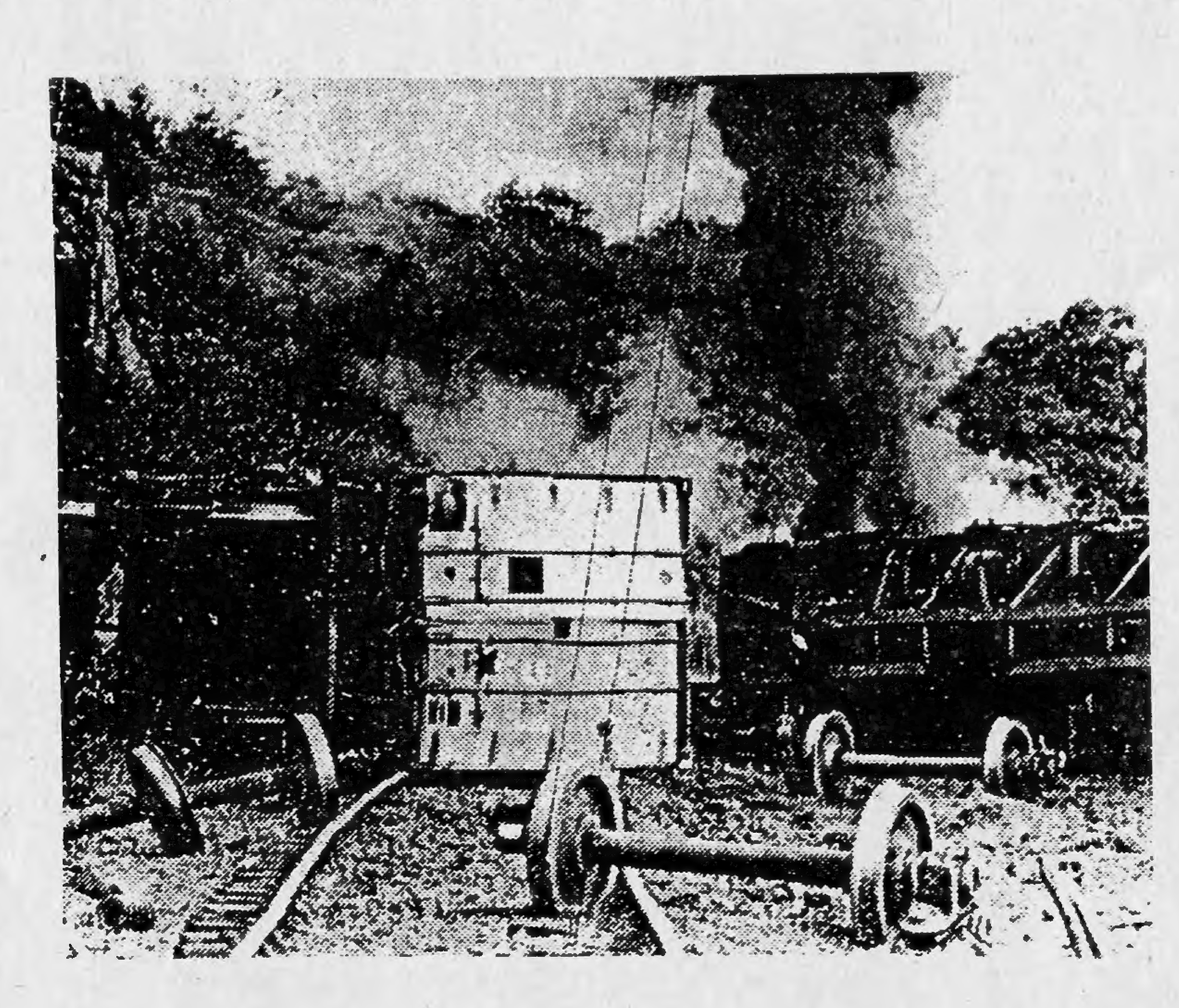
Die Kosten dieses Krieges für die Briten in egal welcher Höhe sollten nicht unterschätzt werden. Die Form unseres Kampfes wird sicherstellen, daß es für sie keine Atempause gibt. Außer den hohen finanziellen Kosten für die Aufrechterhaltung ihrer Präsenz und für den Schutz einer enormen Anzahl von potentiellen Zielen, wird dieser Krieg auch weiterhin an ihren Nerven zehren und ihr Leben bestimmen. Es liegt in ihrer Hand, das zu beenden; falls sie es nicht tun, müssen sie die Konsequenzen tragen.

Die Unterstützung unseres Volkes ist offensichtlich, da wir ohne die . Menschen weder unsere Aktionen durchführen noch sie steigern könnten. Mit dieser Unterstützung, unseren Waffen und der Stärke unserer Volunteers und AktivistInnen werden wir gewinnen und wir setzen alles daran, den Sieg zu erreichen

Unser Sieg wird eine Republik mit 32 counties schaffen, die "religiöse und bürgerliche Freiheit, gleiche Rechte und gleiche Möglichkeiten für alle Menschen garantiert". Unser Sieg wird das Ende der brit. Präsenz in unserem Band sein, und indem wir sie vertreiben, schaffen wir eine solide Grundlage für wirkliche Demokratie und einen andauernden Frieden in unserem Land, was für so viele Jahrhunderte durch die brit. Besatzung verhindert wurde.

An Phoblacht/Republican News

28. 6. 90



I R A - THE PEOPLE'S ARMY (in Derry)

TERMINE

Donnerstag 1.11.

Antifa Woche im SO 36
Konzert: Agnostik Front, Verbal Abuse

Freitag 2.11.

Antifa Woche im SO 36
18.00 S.K.A.L.P. - Sektion Carmon Anti le Pen
Frz. Antifa Gruppe (Situationsbericht)
20.00 Quietsch Disco mit Dia Show
Motto: Kein schöner Land

Samstag 3.11.

Antifa Woche im SO 36
20.00 Konzert: Rumble Milizia, Death in Aktion

Sonntag 4.11.

12.00 5 Jahre Infocopyladen M99
Mit dem Motto 'Haste mal 'ne Mark für Marx' verkaufen wir bis 18.00 in unserer 'roten Kammer' preiswert die von der Papierpresse geretteten Marx-, Leninbände etc. des Dietz-verlages. Die Kohle geht an die Spanischen Hungerstreikenden der Grapo/PCE(r).
13.00 Teffen von Neuköllner Frauen
gegen Anmache, Angrifffe und Vergewaltigung...
Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61
14.00 Antifa - Cafe' Wedding
Diskussion über den 9. November
Osloer Fabrik, Osloerstr.12
Antifa Woche im SO 36
14.00 Antifasist Genclik - Türkisch Veranstaltung

Montag 5.11.

14.00 Wo und wie Spekulanten treffen
Hans - Jürgen Tietz, Klingbeil Wohnbauten GMBH referiert.
TU Architekturgebäude Rohrdamm 22, Ecke Wernerwerksdamm, Nordflügel, Raum 313
U - Bahn Rohrdamm
20.00 Theater Artaud, 'Die Reise, Das Ende, Die Macr
im SO 36
bis 18.11
20.00 Videoabend 'Born in flames'
Feministischer Science-Fiction-Film aus den USA
Nicht Typenfrei !
Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

Dienstag 6.11.

14.00 Vorlesung:
Plastische Gesichtschirugie
- mit aktuellen Beispielen
Klinikum Steglitz
Kino im KOB
20.30 Zwei Gesichter El Salvadors
40 Min./Video 1990
Das Video schildert die Situation in El Salvador, berichtet über die Probleme bei der Gewerkschaftsarbeit, Agitation von Militär- und Befreiungsbewegung und über militärische Aktionen vor der großen Offensive 89
Dieselben Hunde, nur mit anderen Halsbändern
Teil 2. 30 Min. 1990
Schmutziger Krieg und Terror gegen Jugendliche im Baskenland.
22.30 Custombeat PT.1.
1:30 Min. 1990
Ein experimentelles Küchenvideo
O - NORM - AL.
47 Min. 1990
Tonband und Videointerviews über Frauenarbeit und Frauenarbeitslosigkeit durch die Alltagserfahrungen von Frauen selbst berichtet
Hätte ich mein Herz sprechen lassen, hätte ich diesen Film nicht gemacht.
35 Min. 1989
Die Rückblicke zweier Frauen auf ihre kollektive Filmarbeit und die Frage nach der Verantwortung und Ethik dokumentarischer Filmarbeit.

Mittwoch 7.11.

Kino im KOB
20.30 Neulich am Hafen
3 Min. 1989
eine Sight - Seeing Tour
USK - Polizeisondereinheiten gegen soziale Bewegungen. 35 Min. 1990
22.30 Rote Zone - die Arbeiterregion Manchester bis Mailand - Ein Episodenfilm
115 Min. 1990

Donnerstag 8.11.

Kino im KOB
20:30 Mal sehen was draus wird.
25 Min. 1990
DDR Dorf um die Zeit der ersten 'freien' Wahlen
Wir wollen Gerechtigkeit
30 Min. 1990
Dieses Video porträtiert einen Menschen, dessen 40-Jähriger Glaube an seine Ideale plötzlich in Frage gestellt wird
Milch und Zigaretten
12 Min. 1990
Anja aus Potsdam - eine Wende
Portrait über eine Frau, die sich den Üblichen Klischees nicht anpasst.
22.30 Image und Umsatz oder wie kann man einen Schuh darstellen?
56 min. 1989

Freitag 9.11.

19.00 Die Mauer fällt, die Wüste wächst
Die Lateinamerikanische Linke diskutiert das Ende (?) des Sozialismus. Mit Fernando Mires
Wir bemühen uns noch um die Teilnahme von VertreterInnen der PT (Brasilien) und der Tupamaros (MLN)
TU - Hauptgebäude Raum 101

Regelmäßiges

Infoladen OMEGA
Sparrstr. 21 Wedding
Mo, Di, Fr, jeweils von
16.00 bis 20.00 Uhr geöffnet

Termine der letzten Ausgabe:

Durch die Unfähigkeit des Setzers einfache technische Hilfsmitteln wie Taschen- oder Wandkalendern fachgerecht zu handhaben, waren auf der Terminseite des letzten Heftes die Termine der vorletzten Woche.
Pardon !!

Wir lassen uns nicht verplanen!

Kreuzberg verändert sich. Warum auch nicht? Aber in welche Richtung, darüber entscheiden die Menschen, die hier leben.

Es wird Zeit, dies als Selbstverständlichkeit durchzusetzen!

Abwartend, irritiert, ratlos durch die deutsche Besoffenheit verfolgen viele die Entwicklung seit dem Mauerfall. Es ist unsere Geschichte und wir sind keine Gartenzwerge, die sich in irgendeinen Vorgarten, in irgendeinem Randbezirk verpflanzen lassen.

Kreuzberg ist nicht der Nabel der Welt, aber laut Stadtplan Centrum einer neuen Hauptstadt. Ein Haufen von Geldgeiern und Technokraten stürzt sich darauf und veranstaltet Planspiele, als säßen sie beim Monopolyspielen. Wo bitte geht's zur Schloßallee? Wie wär's mit der Skalitzer/Schlesische Straße? Neuerdings rangiert dieser Bereich vor der Kantstraße, welche nur noch als II. Wahl gehandelt wird. Eine sechsspurige Schnellstraße als Stadtring, damit der Tourist aus München auch durchblickt, wenn er nach Berlin kommt. "Ins Centrum?" - "Über die Oberbaumbrücke, ein bißchen rechts oder links und immer geradeaus." Oder ein schickes High-Tech-Zentrum bei DeTeWe. Als Hauptstadt muß man ja schließlich auf dem laufenden bleiben. Wie wär's mit einem Einkaufszentrum am Schlesischen Tor? Bolle war ja nun wirklich ein wenig popelig...

Dies sind nur wenige Beispiele, keine Spinnereien. Die genauen Pläne liegen nur noch nicht auf dem Tisch.

Daß mit Wohnraum eine gute Mark gemacht wird, ist bekannt. Die Dreistigkeit, mit der das zur Zeit geschieht, läßt einer/m die Ohren schlackern. Und sie trägt Blüten. Wo früher für Gewerbemieten um die 3-4 DM/qm2 die Regel waren, kommt einem das Kellerloch in der Oranienstraße für 17,- DM/qm2 fast wie ein Sonderangebot vor. Die Mietexplosion hat Folgen: die türkische Gruppe in der Waldemarstraße muß weg, weil der Vermieter den Laden schön herrichten will; der Zeitungsladen in der Forster Straße ist plötzlich geschlossen; die Druckerei am Mariannenplatz braucht dringend eine neue Untermieterin - die alte hat bei Erhöhung von 2.80 DM auf 10,- DM/qm2 passen müssen. Oder die 3 großen Fabriketagen in der Cuvrystraße 34. Seit 3 Jahren stehen sie leer. Der Vermieter will 16,- DM/qm2, umgerechnet schlappe 13.000 DM pro Etage... Fortsetzung täglich.

Ja, Citylage hat seinen Preis. VW-Mehner oder Taucherzentrum, Spielhalle oder Sexshop... - sie werden sich freuen.

Wir wollen Euch nicht langweilen mit ellenlangen Ausführungen. Etliche erleben diese Entwicklung selbst hautnah. Wir möchten Euch ein Beispiel genauer erzählen. Von Menschen, die jetzt vor die Wahl gestellt wurden, horrende Mietsteigerungen zu akzeptieren oder zu verschwinden. Die sich dagegen wehren wollen, gemeinsam mit anderen.

Eisenbahnstraße 4.

Seit 11 Jahren gibt es in der Eisenbahnstraße 4 ein Zentrum für Gegenöffentlichkeit. Verschiedene Zeitungen, von "Südost-Express", über "Anagan" bis zur "Radikal", wurden dort hergestellt. "Gegensatz", das "weltbeste Satzkollektoid gegenüber einer Markthalle", war hier fast 10 Jahre lang zu Hause. So bestand auch die Möglichkeit, mit eigenen Geräten zum Selbstkostenpreis zu produzieren. Heute arbeiten hier verschiedene Stadtteilzeitungen, "Umbruch/Bildarchiv", "BLAU" und "PROWO".

Zum Jahresende wurde der Gewerbemietvertrag gekündigt. Dem Vermieter, Dr. Bollack, gehört das Haus seit etwa 1 1/2 Jahren. Er setzte eine Frist bis Ende März '91, dann will er teilmodernisieren lassen und danach die Etagen zu "marktüblichen" Preisen weiter vermieten. Minimum: 15,- DM/qm2 (zur Zeit 4,- DM/qm2). Eine fast 4-fache Erhöhung mit kurzfristigem Vertrag, denn längerfristig festlegen möchte er sich nicht wegen der rasanten Entwicklung im neuen Centrum. Faktisch bedeutet dies Rausschmiß.

Das ist kein Einzelfall. Dies ist der Versuch, es nicht als Privatproblem zu handhaben. Für alle denen es ähnlich geht; für alle, die jetzt was gegen die schleichende bis drastische Veränderung von Kreuzberg machen wollen, gibt es als ersten Schritt ein neueingerichtetes Infotelefon. Ruft an, z. B. wenn ihr von Kündigung bedroht seit; wenn Ihr genaueres erfahrt über die Planspiele der TechnokratInnen!

Wir bleiben in SO 36 - wehren wir uns jetzt!

Infotelefon: (ab 5.11.)
Montag, Mittwoch, Donnerstag
von 16 - 18 Uhr,
☎ (030) 614 30 80.

UnterstützerInnengruppe: "Wir bleiben in SO 36!" V.i.S.d.PrG.: Horst Becker, Berlin


wir bleiben
in SO 36
Kreuzberg im Citywahn
* Vertreibung durch
Mietenexplosion
* Blechlawinenrennbahn
Skalitzer Straße?
* Yuppisierung
* Deutschtaumelei
Wehren wir
uns jetzt!